

Excerpt aus: John Kenneth Galbraith: Gesellschaft im Überfluss (The Affluent Society)

Deutsche Ausgabe 1959 Droemer Knauer Verlag Stuttgart, übersetzt von Rudolf Mühlfnzl

Abstract

Nach dem amerikanischen Ökonomen J.K. Galbraith (1908-2006, nach der Krise von 1929 Berater bei Franklin D. Roosevelt's „New Deal“ und später bei Kennedy, Carter und Clinton), beruht alles wirtschaftliche Handeln der entwickelten Nationen auf Lehren, die der Vergangenheit angehören. Eine Steigerung der Produktion war früher sinnvoll, um Hunger und Not zu bekämpfen, heute führt sie jedoch zur Schaffung von Überfluss an privaten Gütern, zu Lasten eines gleichzeitigen Mangels an Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen Bereiches. Die für den Überfluss notwendige künstliche Nachfrage wird durch Werbung geschaffen - die Gesellschaft erzeugt Bedürfnisse, die sie dann glaubt, befriedigen zu müssen. Dadurch entsteht ein Abhängigkeitseffekt. Obwohl der Grenznutzen der Überflussgüter (z.B. Zweitauto) gering ist, muss die Gesellschaft den Überfluss zur Erhaltung der sozialen Stabilität und wirtschaftlichen Sicherheit produzieren – Wachstum, zwar nicht im Sinn des Brutto Inlandsprodukts (BIP) stellt Galbraith daher grundsätzlich nicht in Frage.

Mit unkontrolliertem Wachstum der Privatwirtschaft ist neben steigendem Ungleichgewicht zum öffentlichen Sektor auch eine steigende Gefährdung der Umwelt verbunden. Steigende private Produktion im Kapitalismus, welcher sowohl privaten Reichtum als auch öffentliche Armut schafft, bedingt zwar Arbeitsplätze und Einkommen - eine Alternative zur staatlichen Umverteilung, welche Reiche für Arme zur Kasse bittet, schafft aber Ungleichheit und externe Kosten.

Im Selbstzweck des Überflusses hat die Gesellschaft das eigentliche Ziel einer Produktion, nämlich die notwendige Versorgung der (aller !) Menschen, aus den Augen verloren. Nähert sich der Produktionsprozess der Auslastung seiner Kapazität, entsteht durch Preissteigerungen die Gefahr der Inflation in einer Wirtschaft, welche von preissetzenden Großkonzernen geprägt ist. Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU), deren Beschäftigte sowie jene des öffentlichen Bereiches, Rentner und andere Bezieher sozialer Leistungen sind diesen Belastungen wehrlos ausgesetzt. Große Unternehmen können sich durch Marktherrschaft, Lohnerhöhungen, Absprachen und nicht realisierte Gewinne gegen höhere Preise schützen.

Galbraith setzt sich daher für einen aktiven Staat ein. Er verlangt von den Politikern Handlungen, insbesondere gegen die Neigung der Wirtschaftspolitik, „Nichts tun und abzuwarten“ (Laissez faire) ob sich die Dinge nicht von selbst wieder verbessern. Um Schwächere zu fördern (Arme haben keine Lobby), votiert er für Lohn- und Preiskontrollen. Gegen Inflation hilft nur kurzfristig eine Politik des knappen Geldes, aber hohe Zinsen dämpfen Kredit- und weiter die Gesamtnachfrage. Dies benachteiligt Marktfolger (KMU) wegen schlechterer Kreditkonditionen und auch weil sie höhere Kosten nicht auf die Kunden abwälzen können. Marktbeherrschende Firmen leiden lediglich langfristig durch eine unter Geldverknappung verursachte Wirtschaftsflaute.

Steuerpolitik ist wirksam als Lenkungsmittel der Marktherrschaft, geeignet zur Entkopplung von Produktion und sozialer Sicherheit, auch gegen Inflation, da große und kleine Firmen gleichermaßen betroffen wären. Dagegen steht, dass die Öffentlichkeit wohl bereit ist, in einer Wirtschaftsflaute die Steuern zu senken, aber eine Erhöhung zur Bekämpfung von Inflation nicht akzeptieren würde – unter anderem weil diese nach einer Erholung nicht mehr zurückgenommen werden. Der Lösungsansatz von Galbraith, die soziale Sicherheit von der Produktion abzukoppeln, liegt darin, dass er sich für eine Unterstützung der Arbeitslosen ausspricht – deren Höhe sich verkehrt proportional zum Beschäftigungsgrad verhält. Eine Gesellschaft im Überfluss kann es sich nämlich leisten, auch die zu bezahlen, die nicht arbeiten - unter der geringen Dringlichkeit der Produktion von Überflussgütern ist sie nicht auf ihre Arbeit angewiesen.

Darüber hinaus wird in seiner Theorie des "sozialen Gleichgewichtes" eine Balance zwischen dem, was eine Gesellschaft produziert, und dem was sie konsumiert, gefordert (notwendiger und künstlich geschaffener Bedarf) . Mit wachsendem Wohlstand müssen auch die öffentlichen Ausgaben steigen. So sollte der Staat in Gesundheit und Sicherheit investieren, vor allem aber mehr Geld für Schulen und Universitäten bereitstellen. Galbraith will Bildung allen Gesellschaftsschichten zugänglich machen und mit der wachsenden geistigen Potenz den Fortschritt sichern. Voraussetzung für seine Ansätze sind allerdings reiche, wirtschaftlich entwickelte Nationen.

Galbraith's Schilderung ist eine verkürzte Form der politischen Ökonomie seit der industriellen Entwicklung, zum Teil eine Sozialgeschichte und hat, obwohl schon Anfang 1960 herausgegeben, vorausschauend aus der damaligen amerikanischen Situation den heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stand der westlichen Hemisphäre überraschend gut getroffen. Er kommt in seinen Ausführungen noch vorwiegend ohne Statistik und Mathematik aus. Nach ihm verbirgt sich die ordnungspolitische Nationalökonomie gerade hinter diesen Instrumenten.

Da sich Galbraith, Professor in Harvard, früh von Modellen verabschiedete und politökonomische Kommentare verfasste, wurde er von Kollegen (Samuelson u. a.) unwissenschaftlicher Vorgangsweise bezichtigt.

Noch 2004 mischte er sich fünfundneunzigjährig ein und veröffentlichte „The Economics of Innocent Fraud: Truth for Our Time“. Ein Essay, in dem sich Galbraith den Frust über neoliberale Politik der vergangenen 30 Jahre von der Seele schreibt. Egal, womit er sich gerade befasste, Galbraith legte sich immer an. Herrschende Gedanken, die nicht mehr hinterfragt werden, forderten ihn zum Widerspruch heraus.

Kap. 1: Gesellschaft im Überfluss

Reichtum verführt zu falschem Verhalten wie Selbstbetrug, es besteht Unsicherheit in der Wahl der Gegenmittel. **Armut ist eine Situation der Knappheit**, der Drang nach mehr Gütern oder Besitz ist groß. **Wohlstand bedeutet das Fehlen eines grundsätzlichen Mangels** und ausreichend befriedigende Versorgung mit Gütern, diese Bewegung führt aus Überlegungen

der wirtschaftlichen Sicherheit und der vollen Auslastung der Produktionskapazität mit gesteuerten Bedürfnissen zum Überfluss. Diese Situation existiert erst seit 2-3 Generationen in einem kleinen, entwickelten Teil der Welt.

„Die Ideen, mit denen die Bewohner des begünstigten Teils der Welt ihre Existenz deuten – die zum großen Teil ihr Verhalten bestimmen – sind aber nicht in einer Welt des Überflusses entstanden“, sondern vor und während der bürgerlichen und industriellen Revolution, wo bitterste Armut herrschte.

Weil „der totale Wandel in den Voraussetzungen und Bedingungen des modernen Wirtschaftslebens noch nicht klar erkannt wurde... lassen wir uns von Gedanken leiten, die auf eine ganz anders geartete Welt zutreffen – wir tun vieles was unnötig, manches was unklug, und bisweilen auch etwas, was heller Wahnsinn ist“. Damit steigern wir die Gefahr einer Wirtschaftskrise und bedrohen so die Grundlagen unseres Wohlstandes.

Eine Analyse dieser gefährlichen Theorien und Argumentationen, die aus einer Welt allgemeiner Armut stammen führt zur **stärksten konservativen Macht: „die althergekommenen und festverwurzelten Denkgewohnheiten“**, - die indem sie sich scheinbar mit Dingen beschäftigt, die schon längst getan sind und sich damit notwendigen und dringenden Aufgaben entzieht. Es wird weiterhin auch **das Herkömmliche Konzept** genannt.

Die Mängel der heutigen Wirtschaftswissenschaften rühren davon, dass man veraltete Anschauungen nicht bereinigt hat – weil man das so schöne Bequeme für sakrosankt erklärt hat.

„Niemand, der sich heute mit sozialen Fragen beschäftigt, wird sich des Gefühls nicht erwehren können, dass alles, was er da anfasst, auf sehr unsicheren Grundlagen ruht. Für den Augenblick ist zwar der Mensch des Westens der Armut entronnen, die so lange sein unausweichliches Schicksal war“.

Kap. 2: Das Herkömmliche Konzept

„Will man das wirtschaftliche und soziale Leben seiner Zeit begreifen, muss man sich klar werden über das Verhältnis zwischen den tatsächlichen Vorgängen und den Ideen, die sie interpretieren“ – trotz des Widerspruchs in deren Eigenleben ist es möglich, zeitweise eine voneinander unabhängige Entwicklung zu finden.

Die Deutung der Handlungen der Wirtschaft, welche oft zusammenhanglos, improvisiert und vernunftwidrig wirken, bieten einen **großen Spielraum für Spekulation – jeder darf glauben, was ihm beliebt, im Umfang zwischen dem, was wesentlich ist und dem was gerne akzeptiert wird, was also gängig ist und erwartungsweise den meisten Applaus erhält** (Ghost Writer und Public Relation Experten testen vorführend die Reaktion des Publikums). Die Gängigkeit einer Idee beschreibt gefühlsmäßig die Verknüpfung des Wahren mit den Annehmlichen und Bequemen – was dem Selbstinteresse und dem eigenen Wohle am meisten entspricht und am ehesten geeignet ist, ärgerliche Mühen und unwillkommene Störungen fernzuhalten. Menschen hören auch gern das, was sie am besten zu verstehen glauben – **„auf dem Gebiet sozialökonomischer Theorien ist aber das Gewohnte zugleich auch das Akzeptabelste“**. Dessen Formulierung ist fast ein ritueller Akt, in ihm unterscheiden sich Liberale kaum von Konservativen. **„Nicht anders verhält es sich mit den Wissenschaftlern: Sie veranstalten ihre Kongresse, um sich in wohlgeschliffenen Vorträgen das darzulegen, was alle schon längst wissen“**. Der hohe akademische Grad ist auch die Belohnung dafür, dass sein Träger sich um die Exegese des Herkömmlichen Konzepts auf hinreichend geistvolle Weise bemüht hat. Dies ist im weiteren auch ein Privileg von Wirtschaftsführern und Politikern.

„Der Feind des Herkömmlichen Konzepts ist nicht der Verstand, sondern der Gang der Ereignisse“. Den Todesstoß erhält es erst dann, wenn seine traditionellen Weisheiten in drastischer Weise bei einer Notlage versagen.

Ein Beispiel: Wenn dann jemand auftritt und die Unzulänglichkeit des Überholten unterstreicht, wie Adam Smith den Liberalismus 1776 (noch vor der US-Unabhängigkeitserklärung) in „The Wealth of Nations“, um freies Gewerbe und freien Handel dem Anhäufen von Gold und obrigkeitlicher Leitung und Betreuung vorzuziehen, gehörte dies nach Kritik der irreparablen Schäden und der Propagierung sozialpolitischer Maßnahmen im 19. Jh. auch zum Herkömmlichen Konzept. Das Ergebnis war der Wohlfahrtsstaat, eine gemilderte Form welche den Kapitalismus zivilisierte und ihn lebensfähig erhielt. Ein **„weiteres, wie die Umstände das Denken in althergebrachten Bahnen zerstören, bietet der ausgeglichene Staatshaushalt in Krisenzeiten“**. Die Verschwendungssucht der Regierenden wurde dadurch geregelt, dass sie unweigerlich genauso viel Geld einzunehmen hatten, wie sie ausgaben. Gedacht war dies als Vorsichtsmaßnahme für in fiskalischen Fragen verantwortungslose Verstöße wie Geldentwertung, Ausgabe von Papiergeld oder Aufnahme ungedeckter Anleihen mit unheilvollen Folgen. Zentralbankgewinne entstanden durch das Monopol der Geldschöpfung (Seigniorage = Münzprivileg) aus unverzinstem Basisgeld.

Ein Ausgleich des Budgets mit höheren Steuern und geringere Ausgaben erweist sich in Krisen verhängnisvoll, da deren Befolgung die Zustände nur noch verschlimmert, wenn Ressourcen, Nachfrage und Staatseinnahmen einbrechen und höhere Ausgaben für Wohlstandszwecke anfallen. Eine Erhaltung der Nachfrage ist nur mit zusätzlichen durch das Defizit veranlassten Ausgaben möglich, welche sich mehr horizontal auf die Produktion (setzt ruhende Arbeitskräfte und Betriebe wieder in Gang) als vertikal auf das Preisniveau auswirken (etwaige Steigerungen machen lediglich vorherige Preisstürze wett). **Erst nach einem Aufschwung können sich die Haushalte wieder ausgleichen, mit der Verpflichtung, Reserven für zukünftige Konjunkturreinbrüche anzulegen – antizyklische Maßnahmen** nach John Maynard Keynes Werk „The General Theory of Employment“ – worauf in der Regel verzichtet wird. Alles in allem eine Weiterentwicklung zu einem neuen Herkömmlichen Konzept aus den Lehren der Krise der 30er Jahr und der großen Depression, welches wiederum ab 1980 vom monetär dominierten neoliberalen Konzept abgelöst wurde - spätestens nach der Lehman-Pleite und der folgenden Finanzkrise 2008 ist dessen Versagen in drastischer Weise gegeben.

Die Stabilität des Denkens und der sozialen Zielsetzung wird in den kommunistischen Ländern durch den formalistischen Anschluss an eine offizielle allgemeinverbindliche Lehre gesichert, in der westlichen Hemisphäre auf scheinbar zwangslosere

Art durch die altvertrauten Anschauungen. **Neue Ideen beweisen sich an der Überwindung von Trägheit und Widerstand der Herkömmlichen Konzepte.** Nach Keynes sind es in erster Linie die Ideen, die uns beherrschen und nicht der Einfluss verbriefteter Geldinteressen. Da Ideen an sich konservativ sind, gelingt deren Herrschaft nur in einer unveränderlichen Welt. Sie weichen nicht dem Vorstoß anderer Ideen, sondern nur dem massiven Ansturm objektiver Umstände, denen sie nicht mehr gerecht werden.

Kap. 3 Die pessimistische Tradition der Volkswirtschaft

Als erstmalig das Volksvermögen ständig und endgültig zu wachsen begann, wurde die Volkswirtschaft als ökonomische Struktur der Gesellschaft ein Gegenstand ernsthafter Untersuchungen. Bis zum Beginn des 19. Jh. hat sich der Lebensstandard der in den Kulturzentren der Welt lebenden Durchschnittsmenschen, abgesehen von einigen Schwankungen, kaum verändert. Es gab keine Umwälzungen, die einen einschneidenden Fortschritt bedeutet hätten, da die Produktivität in einer auf Landwirtschaft und Heimindustrie gegründeten Wirtschaft in ihrer Natur von sich aus begrenzt ist.

In der 2-ten Hälfte des 18. Jh. begann die Fabrik zunehmend den Familienbetrieb als Produktionszentrum zu ersetzen. Nicht nur die **Aufhebung der Begrenzung der Produktivität auf primitive Hilfsmittel, menschliche und tierische Antriebskraft, auch die dazu notwendige innere Ordnung, welche durch die neu entstandenen Nationalstaaten** garantiert wurde, trugen dazu bei. Während Deutschland 100 Jahre brauchte, um die Folgen des 30-jährigen Krieges wettzumachen, gelang dies in nur wenigen Jahren nach dem zweiten Weltkrieg.

In den ersten Jahren nach der industriellen Revolution stieg lediglich der Wohlstand der neuen Unternehmer, ein halbes Jh. später auch die Reallöhne. Die Armen waren zwar weniger arm als zuvor – unbedeutend im Vergleich zum wachsenden Gegensatz im Vergleich zu den Reichen.

Zur Überlebensfähigkeit der Wirtschaftstheorien:

Die **klassische Theorie** wurde in Form der zentralen Tradition von **Adam Smith** (1723-1790) begründet. **Er rechnete** im Gegensatz zu John Stuart Mill und J.E. Cairnes **mit einer kraftvoll voranschreitenden Wirtschaft.** In „An Inquiry into the Nature and Causes of Wealth of Nations“ beschreibt er als **Lösungsweg die liberale Wirtschaftsordnung, welche nicht durch den Staat gegängelt wird sondern durch freien Wettbewerb und freien Markt geregelt ist. In dem jeder seinen Vorteil wahr, erhöht sich zwar der Gesamtwohlstand** (durch die unsichtbare Hand) **aber ohne Berücksichtigung der Verteilung.** Als Einschränkung in dem **sozialdarwinistischen Modell** (egoistisch, jeder ist seines Glückes Schmied, nur wer arbeitet darf essen) erwähnt er nur die **unterste Grenze, dass „der Mensch von seiner Arbeit leben können und sein Lohn muss mindestens ausreichen um ihn zu ernähren“** – nur ein Mangel an Arbeitskräften über unabsehbare Zeit oder ein rasches Anwachsen der Wirtschaft ließe die Löhne steigen und über das Existenzminimum stabilisieren **„Nicht der tatsächliche Umfang des Volksvermögens, sondern sein ständiges Ansteigen führe zu einem Ansteigen der Löhne“.**

Dies beinhaltet die **trostloseste These, dass das Einkommen der breiten Volksmassen – welche den Ertrag schaffen – nicht für längere Zeit über das zur Erhaltung erforderliche Minimum steigen könne.** Zur Gründung einer Familie und der Reproduktion reicht dies natürlich nicht, ein solches Arbeitergeschlecht würde die erste Generation nicht überdauern. Jenes **„Ehrene Lohngesetz“** (Lasalle) wurde nach der verschärften Formulierung von Ricardo und umgeformt von Marx zur stärksten ideologischen Waffe gegen den Kapitalismus.

Verfeinert und modernisiert wurde diese Theorie durch **David Ricardo** (1772-1823) und Robert Malthus (1766-1834). **Ricardo hat die entscheidenden Faktoren, die Preis, Zins, Lohn, und Gewinn bestimmen, in eine Systematik gebracht,** die die Basis weitergehender Überlegungen von Marxisten und Nichtmarxisten gleicherweise waren.

Malthus bevölkerungspolitisch „Essay of Population“ befürchtete die Begrenztheit der Ernährungsfähigkeit der Erde wegen der durch den Überschuss an produzierten Nahrungsmitteln verursachte Bevölkerungszunahme und erwägt eine bremsende Korrektur durch moralische Hemmungen und Laster – Die Überwindung der **Grundthese des unvermeidlichen Massenelends** mit über dem Existenzminimum steigendem Lebensstandard **kann bei Enthaltbarkeit und wirksamer Geburtenkontrolle möglich werden.** Die diesbezügliche Aktivitäten Malthus entstanden in Diensten der Ostindien-Kompanie. Der düstere und pessimistische Ton des größten Teils der nationalökonomischen Doktrin des 19. Jh. ist zum überwiegenden Teil auf Malthus Erbe zurückzuführen.

Während Smith und Ricardo für die Steigerung des Gesamtwohlstandes eintraten, warnte Malthus vor der **Aufzehrung des dadurch angehäuften Volksvermögens durch explosiven Fortpflanzungstrieb.** **Ricardo betrieb die Frage der Gesetze der Güter- und Einkommensverteilung zwischen Grundbesitzern, Unternehmern und Arbeitern und deren Ansprüchen, jedoch nicht nach Ihren Beiträgen.** Nach Ricardo war die **Bevölkerungszahl** eine bedingte (durch die gegebene Ertragsfähigkeit des Bodens) und variable Größe, sie **reguliert sich durch die Möglichkeiten der Beschäftigung,** sie wächst und sinkt mit Vermehrung und Verminderung des Kapitals.

Ein **unlösbarer Widerspruch zwischen Profit und Lohn** entsteht in **Lohnerhöhungen zu Lasten des Gewinns** und steigender Fertilität bei gleichbleibenden Bodenanteil, sowie andererseits der Begünstigung der Kapitalbildung bei steigenden Gewinnen und damit weiterer Bevölkerungszunahme - beide resultieren mit Knappheit der Agrarprodukte in Zunahmen der Grundrente (extensive Bodennutzung vorausgesetzt).

Der Nahrungsbedarf der Bevölkerung drückt auf das Angebot ertragsfähiger Böden mit der Folge erhöhter Pacht- und Grundrenten – ein Fortschritt ist somit nur zu Gunsten der Kapitalisten möglich (bei den Renten noch dazu ohne eigenes Zutun!) Daraus folgt auch, dass die **Arbeit wie alle handelbaren Güter ihren natürlichen- und ihren Marktpreis** hat. Erster ist der zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit und Fortpflanzung ohne Zuwachs oder Abnahme notwendige, der Zweite der am Arbeitsmarkt aus dem Schnitt aus Angebot und Nachfrage realisierte Preis der Arbeit. Nach dem **„Ehernen Lohngesetz“** kann nur in einer sich vervollkommnenden Gesellschaft auf unbegrenzte Zeit hinaus der Marktpreis der Arbeit über dem

natürlichen liegen. Die **Voraussetzungen für dessen Herrschaft** sind seit dem 19. 4. 1817, an dem Ricardos „*On the Principles of Political Economy and Taxation*“ erschien, **latent geblieben**. Es ist in seiner kompromisslosen Klarheit Bestandteil des geistigen Kapitals unserer Welt geworden. Diese Gesetze wie Ricardo sie formuliert hat, sind von einer **grausamen Ungerechtigkeit** – dagegen sei auch nichts zu machen !?. Vor allem der Einfluss des Gesetzgebers auf den Wettbewerb wird vehement abgelehnt. Diese **Natur der Dinge ist das Glück der passiven Nutznießung der Landlords**. Sein Hauptinteresse in Begriffen von Kapital und Gewinn galt der Landwirtschaft und der Bodenrente, die schon Ihre dominierende Bedeutung eingebüßt hatte. **Trotzdem hatten Smith, Ricardo und Malthus damals mit der vorangehenden merkantilistischen Tradition gebrochen.**

In einer Welt solange **andauernder Armut, war nichts wichtiger, als den Reichtum zu mehren**. Für Barmherzigkeit und Nächstenliebe blieb beim unberechenbaren Konkurrenzkampf dabei kein Platz, Ungleichheit beruhte vorwiegend auf biologischen Faktoren, der Staat verpflichtete sich zudem, nicht einzugreifen.

In der **Mitte des 19. Jh. kam es zu einer Spaltung in die zentrale Tradition** (verfeinert von John Stuart Mill), die den Kurs beibehielt **und in die linke Richtung der von Karl Marx begründeten revolutionären Tradition**. Seit den Anfängen der Nationalökonomie besteht **im Bild des Alltagsmenschen und seinem Schicksal darin wenig Unterschied, ein entscheidender jedoch in der Einschätzung der Lebensfähigkeit des Systems**. Während Ricardo bei ungestörter Auswirkung der grundlegenden Triebkräfte mit dessen Fortsetzung rechnete, **setzte Marx auf den Zusammenbruch**. Begründet wurde dies von Ricardo durch die Schwächung der Leistungsfähigkeit bei jedweder Umgestaltung (keine andere Möglichkeit war bekannt), von Marx **durch die systemimmanente Krisenanfälligkeit**.

Kap. 4 Die Unsicherheit

Die **Zukunftsaussichten waren** nach der Grundthese des unvermeidlichen Massenelendes von Ricardo und Malthus **für den Armen, ständig am Rande des Verhungerns dahinzuvegetieren**, der wirtschaftliche Fortschritt kommt allein den Reichen zugute.

Ab der **Mitte des 19. Jh. stiegen die Reallöhne** vorerst im sich entwickelnden England später auch am Kontinent in Nationen mit Kolonien, wo zunächst agrarische Flächen in Nord- und Südamerika, Neuseeland und Südafrika erschlossen wurden. Eine **Abkehr vom „Ehernen Lohngesetz“** forderte nach der kurzfristigen Idee des „**Lohnfonds**“ von Mill, das **Einkommen durch Arbeit sei durch den Einsatz des arbeitenden Kapitals beschränkt**, die Berücksichtigung **von Gestehungskosten der Arbeit**, wie Ausbildung und Fachkenntnisse, die **vergleichsweise dem Boden mit einer Rente abzudecken sind** – ein Versuch das **Einkommen mit dem Grenzertrag der Arbeit in Beziehung** zu bringen – **der Arbeiter bekommt das bezahlt, was er dem Erzeugnis des Arbeitgebers an Wert zugefügt hat**.

Daraus folgt die Intention der **Gewerkschaften, die Löhne der Grenzproduktivität der Arbeit anzugleichen, welche hoch ist bei einem Unterangebot an leistungsfähigen Arbeitern und niedrig beim Überangebot an weniger tüchtigen, unterqualifizierten Arbeitskräften**.

Damit bestand endgültig Sicherheit, dass steigender Wohlstand keine selbstmörderische Zunahme der Nachkommen verursache. Nachdem man sich überzeugt hatte dass die **Armut der Arbeiter nicht naturgegeben war – wandte man sich dem Schwergewicht der Kaufkraft zu** (Smith hatte dies schon als eigentliches Problem bezeichnet). **Nach Alfred Marshall (1842-1924)“Principles“ deckt der Lohn die Gestehungskosten der Nachkommenschaft, gemessen an den üblichen Maßstäben, nicht mehr und nicht weniger** (Minimumtendenz).“Immerhin könne einer durch Fleiß, Geschicklichkeit und fachliche Ausbildung sein Grenzprodukt vergrößern und damit auch einen höheren Lohn beanspruchen“.

Ein wesentlicher Faktor bei der Entwicklung ökonomischer Standpunkte ist der Einfluss auf den Arbeitsmarkt: **Ist der Lohn eines Arbeiters niedrig, dann deshalb, weil die Grenzproduktivität beschränkt blieb**. Eine Lohnerhöhung ohne gleichzeitige Erhöhung der Grenzproduktivität bedeutet, mehr zu zahlen, als der Beitrag zum Wert des Produkts ist - naheliegend ist eine Entlassung (oder die Überzahlung aus Konkurrenzgründen beizubehalten).

Die Alternative niedriger Löhne ist also Arbeitslosigkeit.

Die Beibehaltung des Minimallohns hat eine von zwei Auswirkungen: a) wie vorhin beschrieben bzw. b) die Produktivität der leistungsschwachen Arbeitskräfte wächst – eher unwahrscheinlich (G.J. Stigler „The Economics of Minimum Wage Legislation“ in „American Economic Review“ 1946). Es entsteht der Schluss dass die entsprechende Gesetzgebung eher denen schadet, die sie schützen soll.

Die Grenzproduktivitätsthese bietet keine Sicherheit gegen die Tendenz, dass die Reichen noch reicher werden. Das eingesetzte **Kapital wird nämlich auch nach seiner Grenzproduktivität honoriert**. Da sich **das Kapital in den Händen weniger befindet, fällt der Ertrag auch den wenigen zu. Dadurch entsteht eine krasse Ungleichheit**.

Zudem **zahlen Unternehmen auch nur einen Bruchteil der Steuer für Einkommen im Vergleich zum Arbeiter**. Nur ein Teil dieser Einkünfte besteht aus Kapitalerträgen, ein anderer ist auf **strategische Vorteile** zurückzuführen, wie den Besitz unzerstörbarer Agrarkräfte und Bodenschätze.

Die Anhänger der zentralen Tradition empfanden diese Besitzverteilung (im Sinne einer Marktmacht) als **beunruhigend, besonders aber deren Vererbbarkeit**. Auch das Monopol widersprach dem freien Wettbewerb.

Marshall bemerkte, es gibt **keine moralische Rechtfertigung für das Nebeneinander von äußerster Armut und großem Reichtum**. Die **ungleiche Besitzverteilung ist ein ernsthafter Mangel unserer Wirtschaftsordnung**, selbst dann wenn die Unterschiede geringer sind, als sie oft hingestellt werden.“- nach Taussig sind krasse, permanente Besitzunterschiede einem Höchstmaß an menschlichem Glück nicht förderlich.

Der **freie Wettbewerb in der Wirtschaftslehre** ist charakterisiert durch die **Konkurrenz vieler Firmen** um die **Versorgung des Marktes zu Preisen, die keiner Festsetzung unterliegen**. Die **Hauptantriebskraft ist aber dabei die Maximierung des**

Gewinns (die Marktmacht des Monopols). Der Erfolgreiche besteht, seine Existenz ist gesichert und sein Besitz wächst, der Untüchtige kommt unter die Räder und verschwindet vom Markt.

Je nach dem Verhalten des Verbrauchers am Markt ändert sich die Nachfrage, geht sie zurück, fällt der Preis, nach dem Überangebot wird die Produktion eingeschränkt, Betriebe stillgelegt und Arbeiter entlassen. Soweit möglich folgt man dem Markt in Gebiete wachsender Nachfrage. Nach dem gleichen Prozess werden Kapital und Arbeitskraft je nach Bedarf gestreut.

Die **Unsicherheit besteht einerseits darin, dass Unternehmer Bankrott gehen** und andererseits der **Arbeiter ohne eigene Unzulässigkeit den Arbeitsplatz verliert** sondern durch fremde Schuld. Ein Wirtschaftssystem, das seinem Inneren Wesen nach so gefühllos sein muss, ohne jede Rücksicht auf menschliche Schwachheit, wird Unbehagen erzeugen. **Diese Mängel sind Bestandteile des Systems.**

Die Jagd nach gesteigerter Leistung verlangt, dass der Verlierer auch wirklich verliert. **Seltsamerweise ist das Ideal der Gesellschaft des freien Wettbewerbs mit so viel Unsicherheit und Gefahren behaftet.** Praktisch gibt es **Milderungen durch** manche Faktoren, die den Voraussetzungen entgegenstehen, so auch **menschliche Trägheit, Gewerkschaften und zu einem bestimmten Grad auch Mitgefühl.** Viele Beeinträchtigte, seien es Bauern, Arbeiter oder Studenten waren offensichtlich nicht gewillt, in Gefährdung zu leben und versuchten durch kollektiven Druck, Maßnahme zu erzwingen, welche ein gesichertes Dasein garantierten.

Mit der **wachsenden Größe der Unternehmen geht die Herrschaft des Wirtschaftslebens in immer weniger Hände über** – nach Marx ein Signal des Untergangs – **ein freier Wettbewerb wird zur Illusion** (er verlangt sehr viele Anbieter).

An seine Stelle tritt der monopolistische oder unvollkommene Wettbewerb. Dazu kamen veritable Krisen wie die Wiederaufnahme des Hartgeldverkehrs nach den amerikanischen Bürgerkrieg 1776, die Stagnation der 90-er Jahre, der Börsenkrach 1873 in Wien und 1907 in den USA, der schwarze Freitag an der Wallstreet 1929 und letztendlich die Subprime Weltfinanzkrise 2008 (vergleichsweise leichtere Erschütterungen der Weltwirtschaft wie Suezkrise, Nahostkriege, Öl- und dot.com-Krise bleiben hier unerwähnt)).

Die Behandlung der **Parameter dieser Konjunkturzyklen**, Preise, Löhne, Zinsen und Gewinne mit hoher Beeinträchtigung, **wurden unter der Voraussetzung untersucht, dass Krisen nicht stattfinden.** Man spricht daher nicht von einem Krisenzyklus sondern von einem Konjunkturzyklus. Es klingt sanfter und gibt zu verstehen, dass das Gefüge des Wirtschaftslebens ein wenig wankt, aber nicht zusammenstürzt. **Der Wandel der Bezeichnung von Panik, Krise zu Depression und Konjunkturlaute oder Rezession im Sinne einer laufenden Anpassung spricht Bände.** Betrachtet man dies als einen normalen Rhythmus, heißt dies, dass sich der Zustand selbsttätig reguliert (siehe unsichtbare Hand) so 1934 der Schluss Schumpeters über das 19. Jh. – **Die Erholung ist nur dann eine gesundende, wenn sie von selbst kommt... bei Wiederbelebung durch äußere Eingriffen verbleiben manche Aufgaben ungelöst (J.A.Schumpeter „Essays“ 1951).** Nur, die Arbeiter wurden arbeitslos, die Bauern verloren ihren Hof, kleine Betriebe gingen Bankrott und Kleinanleger büßten ihre Ersparnisse ein – nicht nur ein Gefühl persönlicher Unsicherheit in Verbindung mit dem freien Wettbewerb. Auch wenn man damit rechnen muss, dass sein Haus zu brennen anfängt, darf man das Feuer nicht verhüten oder bekämpfen, da es eine ganz bestimmte Aufgabe hat.....

Kap. 5 Die amerikanische Variante

Obwohl es kaum länderspezifische Unterschiede der wirtschaftswissenschaftlichen Traditionen, existieren doch spezifisch amerikanische Prägungen, wobei neben den pessimistischen Trend verstärkenden wie Henry George und Thorsten Veblen lediglich **Henry Charles Carey (1793-1879) positiven Optimismus** verbreitete. Die Menschen sind nicht gezwungen, wie Ricardo behauptet, im Laufe der Zeit zunehmend schlechtere Böden zu bebauen, sodass der Ertrag ihrer Arbeit ständig sinkt und die Grundrenten steigen – im Gegenteil solle man **zuerst die einfach zu bearbeitenden aber mageren Böden des Hochlands wählen, um später die dichte Vegetation der Täler zu roden und das fette Schwemmland urbar zu machen, was zunehmend bessere Erträge garantiert.** Das **Gegenteil im Fall der Bodenrente wie Ricardo** oder auch betreffend die Vorteile des Freihandels (Carey unterstützte Schutzzölle) von Smith als Aussage des Herkömmlichen Konzepts wurde, wie zu erwarten, totgeschwiegen.

Henry George (1839-1897)“Progress and Poverty, An Inquiry into the Cause of Industrial Depression and of Increase of Want with Increase in Wealth“. Auf die **Frage nach dem Warum der Auswirkungen der Krise von 1873** kommt er zu gleichen Schlüssen wie Ricardo – **Arbeit und Kapital steigern die Produktivität**, die Menge an Grund und **Boden bleibt an Umfang und Qualität konstant, daher wächst die Bodenrente unverhältnismäßig.** Dieser vorweggenommene Umstand und die Bodenspekulation verursacht die Krise. Solange es privaten Grundbesitz gibt, muss man mit Krisen und Armut rechnen. **Als Abhilfe wird eine Verstaatlichung vorgeschlagen**, genauer eine Steuer in Höhe des jährlichen Nutzwerts abzüglich der Ausgaben für vorgenommene Verbesserungen – **so dass Grund und Boden keinen Nettogewinn erbringt und damit auch keinen Kapitalwert hat** – war offensichtlich nicht der amerikanische Zukunftstraum....

Thorstein Veblen (1857-1929) wollte das Schicksal der Menschen nicht in Betracht stellen – **Armut sei systemimmanent und der Fortschritt werde sie noch verschlimmern.** Weiters unterstellt er der Industrie mit Tendenz zur Überproduktion, den grundlegenden Zweck des Unternehmertums, Geld zu verdienen, zu bedrohen („The Theory of Business Enterprise“). Die **arbeitsteilige begrenzte mechanische Denkart verdrängt andere geistige Prozesse** (Familie, Kirche – Grundlagen gesellschaftlicher Ordnung), die Gewerkschaften sind die Vorstufe zur Anarchie, **Krisen gehören zum regulären Lauf der Dinge** und entstehen aus dem Konflikt von Industriewirtschaft und Unternehmertum.

„The Theory of the Leisure Class“ rechnet mit den Reichen ab wegen prahlendem Aufwand, Verschwendungssucht, Faulheit und Sittenlosigkeit. In der vom Geld regierten Welt sind sie ein Merkmal des Erfolgs, hingegen ist Arbeit das Kastenzeichen

der Minderheit – im Kapitalismus sind Reformen und Fortschritte nicht möglich – die Welt des Kampfes endet im Sozialdarwinismus. Ricardos funktionelles Argument, dass wenn man den Müßiggang unterbindet und keine Vermögenswerte vergeudet, wird mehr produziert und so der allgemeine Wohlstand gefördert erfordert ungestörte wirtschaftliche Vorgänge, welche durch menschliches Mitgefühl beeinträchtigt sind.

Der Hauptvertreter des Sozialdarwinismus, dem *“Survival oft he Fittest“* war **Herbert Spencer (1820-1903)** war auch der **Ansicht, dass sowohl die angeborenen als auch die erworbenen Eigenschaften weitervererbt werden können** (jedoch sind Erbschaften und Kapitalgewinne leistungslose Einkommen). Wenn der Unwissende ein ebenso gesichertes Dasein führt wie der Wissende, wird sich kein Mensch bemühen gescheit zu sein („Social Statics“ 1865). Ohne private Wohltätigkeit würden zwar die Schwächlinge ausgemerzt, zugleich aber die gütigen Spender in ihrer Bewegungsfreiheit behindert - als einzige Ausnahme („Principles of Ethics“ 1897).

Der **Aufstieg des Sozialdarwinismus in den USA fällt mit der Entstehung der größten Vermögen zusammen**. Eine unheimlich protzige Zeit der Ford's, Hill's, Harriman's, Hearst's, Morgan's, Rockefeller's, Vanderbilt's, Parker's, Martin's, es wimmelte von Bettlern – man konnte wirklich **nicht behaupten, dass die Vermögen nicht auf Kosten anderer erworben wurden**. Eine Auslese unter dem Motto, *„Was untüchtig ist, wird ausgejätet“* - öffentliche und private Hilfsmaßnahmen waren verpönt, weil man nicht gegen die Gesetze der Natur verstoßen wollte. **Mit dieser Lehre konnte man sich auch die unangenehme Aufgabe ersparen, die Methoden, mit deren Hilfe dieser Reichtum entstanden ist, zu untersuchen**. Das Wachstum eines großen Unternehmens bedeutet nur den Fortbestand des Tüchtigsten – ein von Gott gegebenes Gesetz.

Im weiteren haben Großunternehmen als Totengräber des Sozialdarwinismus gewirkt, da das Prinzip der Ausscheidung eher auf Einzelunternehmer zutrifft, Manager ersetzen den Wirtschaftskapitän, dessen Nachfolger fallen noch mehr unter das **Principal - Agent Problem**, der Zusammenhang verliert sich. Sei es dass diese Grundhaltung den amerikanischen Mythos, dass jeder tüchtige amerikanische Bürger aus eigener Kraft zu Wohlstand käme „vom Tellerwäscher zum Bankdirektor“ - im Kampf auf Leben und Tod - beflügelt hat.

Kap. 6 Das Marxsche Leichentuch

Karl Marx (1818-1873) baut den Sozialismus auf Ricardos sauber durchdachten System ökonomischer Ideen und vor allem auf seinem kühnen Konzept der des Problems der Einkommensverteilung auf. Marxens **Mission war es, die Fehler aufzuspüren, die Schuldigen anzuprangern, eine radikale Änderung zu fordern und vor allem sich eine disziplinierte Gesellschaft zu schaffen (seit Mohammed am erfolgreichsten)**.

Marx interpretiert das „Ehrene Lohngesetz“, nachdem der **Arbeiter an der Grenze des Elends lebt**, derart dass die **Ursache daran nicht die Reproduktion über den Nachwuchs ist, sondern seine schlechte Verhandlungsposition zum Unternehmer – und das System nicht funktionieren würde, wenn man ihn besser bezahlte**. Die Kuh mag bei besserem Futter mehr Milch geben, in einer vergleichbaren Position befindet sich der Arbeiter.

Die **Arbeitskraft als Reservoir, in das auch Selbständige und Bauern absinken**, durch die wachsende industrielle Reservearmee wächst die **Arbeitslosigkeit – welche eine Garantie für seine Fügung der angebotenen Lohn zu akzeptieren ist**. Der technische **Fortschritt und die Akkumulation des Kapitals** bringen dem Durchschnittsmenschen keinen Nutzen, im Gegenteil, *„sie .. entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vernichten durch die Qual seiner Arbeit den Inhalt...“*. **Das kapitalistische System bringt zwangsläufig verheerende Wirtschaftskrisen mit sich, die immer schlimmer werden** – die Kaufkraft der Arbeiter hält nicht Schritt mit der erzeugten Gütermenge, es häufen sich Waren ohne Käufer.

Mit zunehmender Akkumulation sinkt die Ertragsrate, der Anreiz lässt nach, es folgt Ermattung und Stagnation. In der Hochkonjunktur schwindet die industrielle Reservearmee, die Konkurrenz zwischen den Unternehmern wächst und die Löhne steigen damit – mit ihnen die Produktionskosten -> die Konjunktur flaut ab. **Eine vorübergehende Verbesserung der Lage der Arbeiter ist immer nur die Ursache für eine darauffolgende weitere Verschlechterung**.

Der Staat als Handlanger der Bourgeoisie erweckt nur wenig Aussicht, zu helfen – egal wie, durch Mindestlöhne als auch durch öffentliche Aufträge nicht. Umgekehrt würde ja der Kapitalismus mit staatlicher Unterstützung funktionieren.

Nach der Konzentration des Kapitals, des Einflusses über Rohstoffe und Produktionsmittel **in wenigen Händen führt dies zu hoffnungsloser Ohnmacht gegenüber den Arbeitermassen**, die inzwischen zu einer disziplinierten industriellen Armee geworden sind – *„die Expropriateure werden expropriert“*, der Staat wird übernommen und kann absterben (er hat nun keine Ordnungsfunktion mehr) - **nach dem gewaltsamen Umsturz aller bisheriger Gesellschaftsordnung** (Marxens Wandlung vom Pessimisten zum Optimisten).

Seine Anziehungskraft verdankt er seiner **soziologischen Tätigkeit. Niemand vor ihm hat so zahlreiche Züge menschlicher Verhaltensweisen und gesellschaftliche Phänomene ineinander verwoben**: Klassen, wirtschaftliche Arbeitsverfahren, das Wesen des Staates, der Imperialismus, der Krieg...- eine Hilfe für alle Soziologen zum Verständnis der Wirklichkeit.

Die meisten **Konflikte haben ökonomische Ursachen, daher auch die materialistische Geschichtsauffassung von Marx**. Auch der moderne Geschäftsmann, besonders in den USA, findet eine solche Auffassung in Ordnung. Wenn nun jemand einen Vorschlag macht oder für Änderungen eintritt, folgt trotz edler Beteuerungen in Besinnung auf den Eigennutz logischer die Frage: „Was verdient der Mann dabei?“ und „Wo ist der Haken?“.

Wie die materialistische Deutung der Beweggründe menschlichen Handelns ein Grundpfeiler der amerikanischen Konservativen ist, so ist die **Bekämpfung der Konzentration des Kapitals** der wichtigste Lehrsatz des amerikanischen Liberalismus – es ist weitgehend der Geist von Marx, der jahrein, jahraus für die Durchführung der **Antitrustgesetze** stimmt. **In vielem hat Marx entschieden recht gehabt, besonders im Rahmen seiner Zeit**, er hat es auf beispiellose Weise **verstanden**, bei seinen Gegnern und bei solchen, die sich gegen seine Lehre sträuben, **Zweifel zu säen**.

Nachdem Marx im „Elend der Philosophie“ erklärt, die **Nationalökonomien seien wie die Theologen**, sagt Schumpeter, „Die **religiösen Züge im Marxismus**, erklären die charakteristische Haltung, die der orthodoxe Marxist zu seinen Gegnern einnimmt, der bei einer Abweichung nicht nur einem Irrtum, sondern der Sünde verfallen ist“. Ebenso ist er **schwierig zu verstehen, wenn bei zunehmender Akkumulation von Kapital die Profitrate eine sinkende Tendenz hat** – darin sieht Marx eine der Ursachen der Krise des Kapitalismus. Die fallende Profitrate würde zu periodischen Störungen des Aufschwungs führen – und diese Störungen würden immer ernster und langwieriger werden.

Tatsächlich tritt diese Voraussetzung nicht ein und das seit mindestens einem Jahrhundert und **konnte als Krisenursache nicht verifiziert werden** – die Erklärung der fallenden Tendenz der Profitrate erklärt im Grunde gar nichts. Ein **Bekenntnis zu Marx bedeutet** nicht unbedingt Bereitschaft zum einem Dogma, aber jedenfalls, **ob jemand Willens ist, sich an subtile und verwickelte Probleme heranzuwagen** und ob er auch dazu fähig ist.

Kap.7 Die Ungleichheit

Dem Vorschlag, dass Reiche ihren Besitz mit den Armen teilen sollten, wird sich fast immer der Reiche entgegenstellen – weil keiner gern hergibt, was er schon hat.

Wenn Kapital, Arbeitskraft und Boden voll ausgenutzt sind, kann auf kurze Sicht nicht mehr aus den Gütern herausgeholt werden. Der **Fortschritt auf längere Sicht kommt nicht dem Durchschnittsmenschen zu gute**, nach der ursprüngliche Doktrin fallen seine Früchte anderen zu. Solange die Menschen arm waren, war ihre Hoffnung eine Neuverteilung des Einkommens, besonders jenes Einkommens, das aus Akkumulation von Besitz und Kapital entsteht – für die Marxisten eine Selbstverständlichkeit.

Die **Konservativen**, die die Ungleichheit verteidigten, **argumentierten**, dass **vom Naturrecht her, ein Besitz, den sich ein Mensch außer durch glatten Diebstahl geschaffen hat, auch ihm gehört**. Das üppige Einkommen liegt in der Ordnung der Dinge. Der **ungestörte Genuss des Reichtums gilt als unentbehrlicher Ansporn. Ungleichheit ist auch für die Kapitalbildung wichtig, denn ist das Einkommen stärker gestreut, würde es ausgegeben werden** – bei den Reichen wird aber gespart und investiert, es muss auch reiche Leute als Mäzene geben – **Gleichheit riecht nach Kommunismus und Atheismus** – suspekt. Eine Ergänzung zur Ungleichheit von Joseph Stiglitz (Der Preis der Ungleichheit, 2012 Siedler Verlag, München)

„Verteidiger der Ungleichheit .. behaupten, dass alle profitierten, wenn man den Reichen mehr Geld gebe, weil dies zu mehr Wachstum führe. Der **Reichtum sickere gleichsam von oben nach unten durch (Trickle-down Theorie)**“. In der Praxis tritt genau das Gegenteil auf: Die Vermögenszuwächse der Reichen gehen auf Kosten der Armen – nur „Sozialneid“?.

Durch die Einkommenssteuer wird ohnedies eine faktische Gleichmacherei betrieben. Tatkraft, Initiative und Findigkeit des Einzelnen werden ernstlich beeinträchtigt. Jedoch, gerade jene Leute, denen Steuern am meisten Kummer machen, weisen mit größtem Stolz auf ihre Erfolge. Nach R.H. Tawney's „Equality“ ergibt sich aber: **wer jedoch eine Nivellierung von Einkommen oder Reichtum fürchtet der fürchtet anscheinend nicht eine Nivellierung durch Gesetz und Ordnung**, von Sicherheit für Leben und Eigentum. Kaum jemand drückt sich vor den Steuern, weil sie ihm etwa zu hoch sind. Großverdiener haben ja die Möglichkeit bei der Steuerklärung kreativ zu sein (Absetzbeträge, Vorsteuerabzug), wodurch sie weitaus weniger Steuer zahlen.

Das (einzige) **Hauptinstrument der Verteilung ist die progressive Einkommenssteuer**. 1955 ist 1/10 der Bevölkerung (Niedrigverdiener) nach Abzug der Steuer 1% des gesamten volkswirtschaftlichen Einkommens verblieben, dem obersten Zehntel jedoch 27 %. Heute hat das oberste Prozent 10%, das oberste Zehntel fast 70%, der Rest verteilt sich auf die verbleibenden 9 Zehntel.

Reiche sparen auch nur deswegen, weil sie nicht wesentlich mehr verbrauchen als der Normalbürger (und verwenden das Ersparte als Rücklage für luxuriösen Verbrauch).

Norwegen, ein Land der höchsten Gleichheit (Gini-Index < 0,3) hat die höchsten Kapitalbindungsraten, der Nahe Osten mit seinen großen Klassenunterschieden hat eine besonders niedrige (bei vollständiger Gleichverteilung ist der Gini-Index 0, bei vollkommener Ungleichheit ist er 1, z.B. in den USA von 1999-2009 beträgt er nach Stiglitz 0,47).

Es herrscht hohe **Angst vor Enteignung, da die Krise und der New Deal** (Roosevelts Programm der direkten Intervention der Politik ins Wirtschaftsgeschehen als Reaktion auf die Folgen des Great Crash von 1929 - wirksam hinsichtlich des Rückgangs der Arbeitslosigkeit und des staatlichen Ausbaus der Infrastruktur bis 1938, er bestand größtenteils in der Schaffung einer umfassenden Sozialversicherung und auch darin, Institutionen für kollektives Handeln einzurichten oder zu stärken, unter Einschluss der Gewerkschaften) **den reichen Amerikanern einen besonderen Schrecken eingejagt haben**. Es wird daher versucht, nicht auffällig zu protzen, und die ganz klugen tarnen sich als schlichter Durchschnittsmensch. Der augenfällige Aufwand an kostspieligen Dingen wird zu Recht als vulgär betrachtet.

Reichtum als Macht bedeutet, dass die Handlungsweisen zahlloser anderer Menschen bestimmt werden und deren Gehorsam erzwungen werden kann. Voraussetzung dazu ist dass es genug Menschen gibt, die entweder servil oder bereit sind sich zwingen zu lassen, **Je weniger es sind, desto weniger ist auch der Reichtum wert**.

Reichtum erleichtert eine politische Karriere, was sicher nicht der Fall wäre, wenn nicht vorher reichliche Beträge in die Parteikassen geflossen wären. Zeitweise müssen sich Reiche aber auch um die Achtung der Mitmenschen bemühen. Beim **Aufschwung nach dem II. Weltkrieg von 1950-1970 in Europa** und Japan wo der **private Bereich vom öffentlichen dominiert** wurde, kann man in den Jahren **seit 1980 beobachten, dass die Macht der Regierungen schwindet und das Privatkapital**, namentlich die Banken (Subprime Crisis 2008, Goldman Sachs vs. Lehman, Eurokrise) **an Herrschaft gewinnen**. Es gibt zwar eine Gruppe reicher Geldgeber, Entscheidungen treffen aber geldgierige Manager und kassieren die Boni (Finanzalchemie).

In Ricardos Welt setzt der Fortschritt den Profit voraus – dies bringt dem Mann von der Straße nichts. In den unterentwickelten Ländern bedeutet es dem Mann hinter dem Pflug sehr wenig, ob sich der Ertrag steigert, da es sich ohnedies der Grundbesitzer oder der Geldverleiher aneignet. **Solange nicht der Anteil des einfachen Mannes an dem von ihm geschaffenen Produkt sich steigert, ist sein Anreiz, die Produktion zu steigern, gleich Null.** Alle Anstrengungen, die Produktion zu steigern sind wirkungslos, wenn es keine diesbezüglichen sozialen Reformen gibt – **erst Reform, dann gesteigerte Produktion.** In fortgeschrittenen Ländern ist damit eine Alternative zur Neuverteilung des Besitzes geschaffen. Die Klassenunterschiede bleiben bestehen, aber es lassen sich gewaltsame Korrekturen vermeiden, das starke materielle Wachstum, der steigende **Wohlstand des Durchschnittsmenschen** in den letzten Jahrzehnten ist jedoch **nicht durch eine Neuverteilung des Besitzes, sondern durch eine Steigerung der Produktionsleistung entstanden.** Dies lässt zwar an der Basis der Einkommensperiode einen Rest an Armut zurück, der sich ständig erneuert – er erfährt wenig Beachtung, da stumme Minorität. Bisherige **Gegenspieler haben statt dessen ihr Augenmerk auf eine systematische Steigerung des Ergebnisses** gerichtet.

Kap.8 Wirtschaftliche Sicherheit

Unsicherheit ist ein fixer Bestandteil einer auf freien Wettbewerb basierenden Gesellschaft. Ein Arbeiter kann seinen Job wegen Untüchtigkeit selbst- oder auch fremdverschuldet durch Bankrott des Unternehmers verlieren. Letzteres kann durch **unternehmerisches Versagen** (fahrlässig bzw. betrügerisch) oder einem **jähem Wechsel der Verbrauchergewohnheiten** erfolgen. **Die unberechenbaren Wechselfälle fordern durch ihre Unvermeidlichkeit die Anpassungsfähigkeit des Systems heraus.** In der Regel werden Verluste abgeschrieben und für neue Aktivitäten Kredite aufgenommen. Die Unsicherheit ist von Nutzen, weil sie dazu drängt, sich mehr anzustrengen, im allgemeinen die Menschen zur Arbeit anzuspornen. **Fälschlich werde oft scharfe Konkurrenz und freie Preisbildung als wichtigste Faktoren der Unsicherheit bezeichnet,** mit Nachdruck meist von Professoren mit fixem Gehalt und unbefristeter Anstellung gefordert, das **Interesse der Arbeiter für Arbeitslosen- und Rentenversicherung gilt als Zeichen sträflicher Faulheit und niedriger Gesinnung.**

Für Konservative gilt das Streben nach wirtschaftlicher Sicherheit als größte Gefahr für den Fortschritt, am stärksten ausgeprägt in Zeiten wesentlichen Fortschritts der Sozialgesetzgebung im Aufschwung der Konjunktur. Alle, die ihre Stellung bedroht sahen, sind früher oder später daran gegangen, den **Unsicherheitsfaktor zu beseitigen.** Pioniere im Kampf gegen die Unsicherheit waren die Unternehmungen, soweit es sich um ihre eigenen Transaktionen handelte. **Das Monopol oder die restlose Kontrolle des Angebots und damit des Preises** (nicht ganz aber im Spielraum zwischen Grenzkosten und Grenzertrag) war für das einzelne Unternehmen die Sicherheit, die man anstrebte (bzw. Preis- und Mengenabsprachen, Kartelle, fixierte Preise, Markteintrittsschranken, Schutzzölle, Kontingentierung, ...). Volkswirtschaftler dachten bei Preisregulierung eher an die Steigerung des Gewinns als Verminderung des Risikos.

Großunternehmen können viele Risiken abschwächen oder beseitigen. Gegen Änderung der Kundennachfrage schützt man sich durch Werbung. Die Macht der Reklame ermöglicht es, den Geschmack des Kunde zu beeinflussen, die Unternehmensgröße schafft **neben einer weitgehende Differenzierung der Produktion eine Verringerung der Risiken vor allem durch leitendes Personal.** Der große Apparat ersetzt die Autorität des Einzelnen, ein Einzelner kann kaum mehr viel Schaden anrichten. Beschlüsse von Einzelnen mögen falsch sein, können sich aber nicht wie in einem Kleinunternehmen verhängnisvoll auswirken – seit der Herrschaft der Manager hat sich dies aber wieder zu einer großen Gefahr entwickelt (Situation asymmetrischer oder verdeckter Information wie Principal-Agent, Adverse Selection, oder Moral Hazard Risiko). Ein bestimmtes Ausmaß der **Preiskontrolle bedeutet Einfluss auf den Gewinn und damit entsprechende Unabhängigkeit vom Kapitalmarkt.** Derartige Sicherungsmaßnahmen können zudem im Gegensatz zu jenen für Arbeitern und Bauern **gänzlich ohne staatliche Hilfe** durchgeführt werden.

Die **Minderung der Gefahren für den kleinen Mann** geschah zuerst durch Intervention des Bundes für **Unterstützungs- und Wohlfahrtsgelder,** später (Ende 19.Jh. nach sozialen Protesten und der Gründung von Gewerkschaften) in einer **umfassenden Sozialgesetzgebung** (politische Entwicklung unter Bismarck im kaiserlichen Deutschland) – der Arbeitslosen-, Kranken-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Unterschiede im Volkscharakter zeigen auch den entsprechenden Fortschritt in Skandinavien (DK, N, S).

Bauern (vorwiegend Reiche) **erhielten staatliche Subventionen** und gestützte Preise, **kleine Geschäftsleute Fair Trade und Anti Dumping Gesetze** bzw. auch Unterstützung durch den Zusammenschluss in Interessensverbänden.

Während **obige Maßnahmen mikroökonomisch,** also auf den Einzelnen oder eine Firma bezogen sind, erfordert die Vorgangsweise allgemeinere weiter **fassende Schritte, der die Stellung des Arbeiters,** den einer gesunden Rangordnung – wer zuletzt eingestellt wurde, wird als erster entlassen – **vor Willkürlichkeiten schützt.**

Allgemeine Sicherheit bietet eine stabile Nachfrage zu Preisen, die äußere Eingriffe nicht mehr nötig machen. Längerfristige (planwirtschaftliche) Versuche verfolgen Zwecke wie Bedarfsdeckung und Vollbeschäftigung. Auch der New Deal ließ die Überzeugung steigen, dass man Krisen zumindest teilweise verhüten kann.

Die Grundlage der **Sicherheitsüberlegung beruht auf dem Ansatz, dass erst ein Wohlstand vorhanden sein muss, den man schützen kann** – ein Irrtum ist es nach dem „Herkömmlichen Gesetz“, das Sicherheitsstreben sei nur eine Reaktion auf die besonderen Risiken des heutigen Wirtschaftslebens, zu sehen. Die **Krise Ende 1929 hat wegen ihres Einflusses auf den Menschen das Interesse an wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit auch entsprechend der Größe des Besitzes, den die Elemente bedrohen, gesteigert.**

Für Besitzende ist nach der Abdeckung ernster Risiken, die geringerer und **letztlich die gesamte Krisenverhütung weniger dringend.** Umgesetzt auf Arbeitnehmer ist dies der Verlust von Arbeitsplatz und Lohn gegen Alter, Krankheit, Unfall und Tod.

Bauern betreffen vorwiegend Preisschwankungen, erst danach Hitze, Frost, Dürre, Hochwasser und Missernten. Warenpreise und Marktverhältnisse stellen für den Geschäftsmann die größte Unsicherheit dar.

Die marktwirtschaftlichen Theorien widerstreben daher jedem Versuch, das Ausmaß dieses Risikos einzuschränken. Die **Praktiken, den (sog. freien) Wettbewerb in einem stabilen Markt zu modifizieren, erweisen sich bei Ausbruch einer Krise als mörderisch** – die Arbeitslosenversicherung verbleibt als unzulängliche Versorgung, die Agrarsubventionen schaffen nicht mehr hohe Mindestpreise, sondern nur noch niedrige Höchstpreise.

Nicht nur wegen der Auswirkung von Krisen ist deshalb ein ernstlicher Rückgang des Beschäftigungsniveaus zu vermeiden. Der Gedanke, die **Unsicherheit sei unentbehrlich, um die Leistung und den wirtschaftlichen Fortschritt zu garantieren, war ein schwerer Rechenfehler.** Nach den Zahlen der USA zwischen 1929-1955 hat das zunehmende Streben nach Sicherheit nicht nur das Anwachsen der Gütererzeugung in keiner Weise gehemmt, sondern als sich durchaus vereinbar mit einer stark beschleunigten Zuwachsrate erwiesen – der **Gegensatz zwischen Sicherheit und Fortschritt existiert nicht mehr.** Ein **hoher Grad an sozialer Sicherheit ist wichtig für ein Maximum an Produktion**, die umgekehrt den Zwang implementiert, die Produktion auf einem Niveau zu halten, wie es die soziale Sicherheit erfordert. Die **Kaufkraft wirkt als stabilisierender Faktor.** Die **Produktion hat die Spannungen gelockert, die früher einmal mit dem Problem fehlender Sicherheit verknüpft waren.**

Kap 9. Die Vorrangstellung der Produktion

1954 hatte die Gütererzeugung in den USA den zweithöchsten Stand der Geschichte erreicht. „Jede Maßnahme, jede Handlung, die die Versorgung mit immer mehr und immer besseren Gütern stört oder vielleicht stören könnte, wird mit der gleichen instinktiven Abscheu zurückgewiesen, mit der der Gläubige Gotteslästerung oder der kriegerisch gesinnte den Pazifismus verwirft“ (Geoffrey Gorer „The Americans“, London, 1948).

In Ricardos Welt waren die Güter knapp, sie standen in enger Relation mit den elementarsten Bedürfnissen des Menschen, **dies erklärt auch den Produktionsprozess im Mittelpunkt des Denkens.** Heute gibt es Waren in Hülle und Fülle, derart dass in den USA mehr Menschen an Über- als an Unterernährung sterben. Im Gegensatz zur früheren Annahme, die Bevölkerungsentwicklung drücke auf die Nahrungsmittelproduktion, drückt heute die Lebensmittelfuhr auf die die Bevölkerung. Kleidung ist schon lange nicht mehr ein Schutz gegen Kälte, sondern ein Objekt der Mode - ein Beispiel der weitgehend akzeptierten Bedarfspsychologie als Ausdruck der Auslegung des Staatsinteresses und mächtiger Besitzinteressen (Follower of Fashion, the Kinks 1970).

Die **Produktion - wir messen an ihr die Qualität und den Fortschritt unserer Kultur.**

Die Produktion **kann durch 5 Faktoren gesteigert werden** (ohne Wertung der Wirkung):

- a) **Besserer Einsatz der Produktivkräfte** (keine Leerläufe).
- b) Bei gegebener Technologie werden die **Produktionskräfte besser ausgenutzt** (Kombination Arbeit und Kapital).
- c) Das **Angebot an Arbeitskräften erhöht sich** (bei fallenden Lohnsätzen).
- d) Das **Angebot an Kapital erhöht sich** (auch zur Substitution der Arbeitskraft, niedrige Zinssätze der Kredite).
- e) Durch **neue Technologien** wird der Stand der Produktionsmethoden verbessert (Wirkungsgrad des Kapitals).

Die Hälfte des zwischen 1944 und 1953 mit 3,5% pro Jahr wachsenden Sozialprodukts entstand durch erhöhtes Arbeits- und Kapitalangebot, der Rest wird dem wachsenden Anteil produktionstechnischer Verbesserungen und paralleler Leistungssteigerungen der Arbeitskräfte zugeschrieben. **Technologiewechsel bedingen hohe Investitionen – diese erfolgen bei Dringlichkeit eher im militärischen Bereich** (siehe Luft- und Raumfahrt sowie Nuklearindustrie).

Ein Einsatz von Erkenntnissen der Wissenschaft sowie der **Forschung ist sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Industriezweige verteilt und meist auf große Betriebe beschränkt**, wo sich Ausgaben in absehbarer Zeit rechnen.

Als **Index des ökonomischen Wachstums gilt das Ausmaß der Kapitalbildung**, sie entsteht aus **Ersparnissen des Verbrauchers und den Investitionen des Unternehmers** (Sparsamkeit ist segensreich). Derzeit (1958) ist es die Anzahl der verfügbaren Arbeitskräfte, die das Wachstum limitieren – bei Massengütern kann nur mit geringer Auswirkung auf die Gestehungskosten, Arbeitskraft durch Kapital ersetzt werden.

Kontraproduktiv sind Monopole, welches den optimalen Einsatz der Produktivkräfte verhindert, so **auch Erfindungen** bzw. Forschungsergebnisse, **die von nicht innovativen Firmen nicht umgesetzt werden** (ein Aspekt der Kategorie Information). **Produktionssteigerungen** wurden in der Vergangenheit immer **dann realisiert, wenn Kriege drohten** oder ausbrachen. Das zeigt, dass unter dem Druck der Ereignisse alte Weisheiten verworfen werden. **In Friedenszeiten** wäre es angebracht, der **Produktion lediglich in öffentlichen Angelegenheiten die Vorrangstellung einzuräumen**, die sie bereits in traditionellen Bereichen in der Ausnützung der Hilfsquellen und deren bestmögliche Kombination besitzt.

In der **volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**, die das Brutto-Sozialprodukt (BIP) ergibt, **werden sämtliche Güter und Dienstleistungen addiert ohne Unterschied ob privat oder öffentlich** – Bildungsausgaben nehmen den gleichen Raum ein wie ein erhöhter Ausstoß an Fernsehgeräten.

Der allgemeinen Ansicht zufolge ist nämlich nur die private Produktion wichtig – sie fördert den Wohlstand der Nation. Öffentliche Dienstleistungen hingegen sind nichts als ein Alpdruck, eine Last, die im Endeffekt von der privaten Produktion getragen werden muss. Auch wenn sie wichtigen Zwecken dienen, sind sie doch steril. Daraus entstehen **interessante Widersprüche: Autos sind wichtiger als die Straßen, auf denen sie fahren** – wir legen größten Wert auf die Vermehrung des Privateigentums, bejammern aber zusätzliche Ausgaben für die Polizei, die sie schützen soll.

Öffentliche Güter kosten nichts und sind daher nichts wert – nur nutzen will sie jeder, was extensiv zum Trittbrettfahrerproblem führt (Tragik der Allmende). Ausgehend von der **Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse des**

Menschen Nahrung, Kleidung, Wohnung und eine **geordnete Umwelt als Voraussetzung für die ersten drei**, welche sich von selbst zu einer privaten Produktion für den Markt anbieten.

Die Ordnung, für die die Regierung zu sorgen hatte war stets ein unzuverlässiger Faktor und eine teure Angelegenheit.

Daher auch das **Misstrauen des Liberalismus gegen den Staat** – dessen Ziel ein sogenannter „**Nachtwächterstaat**“ war. Auch Marx war dafür, den Staat absterben zu lassen. Doch leider, nach Brecht's Erkenntnis „erst kommt das Fressen und dann die Moral“ **begannen die mit dem notwendigsten versorgten Bürger sich weiteres zu wünschen**, soziale Versorgung, Sicherheit, Bildung, Kultur– **Güter und Dienstleistungen, die sich schlecht privatwirtschaftlich erzeugen, erwerben und verteilen lassen** – und **deren Bedarf proportional stärker wächst als der Wohlstand** (Wagnersches Gesetz). Dazu kommt eine **geringere Produktivität im öffentlichen Bereich**, bedingt durch **eingeschränkte Faktorsubstitution** bei persönlichen Diensten (Baumol'scher Kostendruck/krankheit). „Alkohol, Schundliteratur und Zahnpasten sonnen sich im strahlenden Licht des freien Marktes. Schulen, Gerichte und städtische Schwimmbäder aber sind verrufen wie schlechte Regenten“ „**Die sozialen Folgen dieser Diskriminierung - der Tendenz, den von der Privatwirtschaft hergestellten Gütern einen höheren, dem öffentlichen Sektor eine untergeordnete Rolle zuzuweisen ... attackieren auch die nivellierende Tendenzen der Steuergesetzgebung**“.

In den westlichen Ländern hat sich mit dem Wiederaufbau nach dem II.WK. bis zur Machtübernahme des Neoliberalismus um 1980 das **wirtschaftliche Wachstum des öffentlichen Bereichs gleichauf oder stärker als der private Bereich** entwickelt (Staatsquoten über 50% waren durchaus üblich). **Man kann darin auch eine Form der Verteilungsgerechtigkeit sehen**. Doch dann setzte mit „mehr privat, weniger Staat“, beginnend unter Margaret Thatcher eine verhängnisvolle Rückentwicklung ein. Als Folge der Subprime-Krise 2008 und dem Nachfragerückgang baten viele Unternehmen reumütig um Unterstützung des Staats für Kurzarbeit, von der Rettung der Banken mit öffentlichen Geldern ganz zu schweigen (noch vor dem I.WK. bis Ende 1928 wurde deshalb in Österreich fast das gesamte Bahnnetz verstaatlicht).

Zusammenfassend kann gesagt werden, **wir sehen zwar in der Produktion den Maßstab unserer Leistungen, aber wir geben uns keine planmäßige Mühe, etwas zu leisten**. Wir verharren in ausgetretenen Pfaden, es erfolgt keine Erhöhung des Fortschritts in rückständigen Industrien, obwohl hier die größten Produktionssteigerungen möglich wären. Unser Interesse an der Produktion ist nicht groß genug (die erzeugten Güter entsprechen zum Teil nicht einem dringenden Bedarf), wir tun mit großem Aufwand nur das, was sich sozusagen von selbst löst. Der Nimbus, welcher die Nachfrage nach Gütern umgibt, will uns einreden, dass die Waren, die wir besitzen, eminent wichtig seien, ohne dass wir uns auch im mindesten um noch Fehlendes zu kümmern hätten. Denn, **weitere Bedürfnisse haben wir nur (zu haben), wenn sie künstlich erzeugt werden**.

Kap.10 Die Imperative der Verbrauchernachfrage

Man will uns glauben machen, dass Produktion an und für sich bedeutungsvoll sei (Produktion steigert den Wohlstand) – davon ausgehend ist die **Dringlichkeit der Produktion bis zu einem beträchtlichen Grad unabhängig vom Produktionsvolumen**. Das heißt grob vereinfacht nichts anderes, dass die **Produktion unabhängig vom Bedarf, sozusagen als Selbstzweck gesehen werden kann**.

Das zeigt auch die **Sensibilität für Steuern. Vom Produktionsstandpunkt spricht alles für diejenige Steuer, die dem Nutzeffekt**, also dem Produkt aus einer gegebenen Menge von Arbeit und Kapital, **am wenigsten abträglich ist** (wirtschaftliche Effizienz) – antisozial im Sinne der Gewinnerhöhung durch Mengenbeschränkung (Monopol, Oligopol oder monopolistischer Wettbewerb). Ein **ähnlicher Bezugspunkt ist die Wirtschaftlichkeit eines Produktionsapparates für Gewerkschaften in ihrer Strategie, den Lohnsatz zu bestimmen** oder um einen **Warenindex in Relation zu den Lebenshaltungskosten (Inflation) zu ermitteln**. Bei der Auswirkung dieser Praktiken (in der Produktionsleistung) auf eine Vielzahl von Gütern oder auf den Gesamtausstoß der Wirtschaft, stößt man dabei auf zahlreiche Schwierigkeiten (auch in der Aufdeckung selbiger). **Die Produktion bzw. ihr Mythos ist unantastbar**. Nicht die Fundamente des ganzen Gebäudes anzweifeln ist ein geringer Preis für das Privileg der Sozialwissenschaften, bequem, wenn auch altmodisch, im Schoss der vertrauten wohletablierten und gesicherten Weisheiten verbleiben zu dürfen – denn es besteht (nur ein wenig) Sorge um die Art der Güter, deren maximale Erzeugung sie Kraft ihrer Wertskala fordern, besonders wenn es dafür einer künstlichen Nachfrageschöpfung bedarf. Ging es nach dem II.WK. noch um Probleme der Krise und der Erwerbslosigkeit, ist es um den Stand der Nationalökonomien seit der Überflussproduktion (inhaltsmäßig) gesellschaftlich gesehen still geworden – das Thema wurde in der **Lehrmeinung durch Verkündigung mathematischer Geheimwissenschaften** ersetzt.

Sind wirtschaftliche Probleme nicht mehr so wichtig? Beginnt man einzusehen, dass die **Produktionssteigerung doch nur unbedeutenden Zwecken dient**. Immerhin, man muss es den Russen zeigen. Die eigentliche **Zuflucht besteht in der Theorie der Verbrauchernachfrage** – hinter der man sich vor dem gefürchteten Ansturm neuer Ideen verschanzen kann. **Deren Hauptthesen sind:**

1. **Die Dringlichkeit der Nachfrage nimmt nicht merklich mit dem Grad der Befriedigung ab – „mehr ist immer besser“** (das Ausmaß ist schlecht nachweisbar, daher kein ökonomisches Problem). Nach der physischen Befriedigung treten psychologisch bedingte Bedürfnisse an seine Stelle, diese können nie vollständig befriedigt werden. **Sättigung hat wenig Ansehen**.
2. **Die Bedürfnisse entsprechen der Persönlichkeit des Verbrauchers**. Die Aufgabe des Nationalökonomien beschränkt sich darauf, **nur Befriedigung anzustreben und nicht zu untersuchen, wie diese Bedürfnisse entstehen**. Seine Funktion ist erfüllt, wenn er ein maximales Angebot erzielt, das der Nachfrage gerecht wird.

Anfangs lag das Problem **des Verhalten der Konsumenten in der Preisbildung (Vergleich Tauschwert – Gebrauchswert)**, mit der Situation dass essentielle Güter mit hohem Gebrauchswert (z.B.: Wasser, Luft) kaum einen Tauschwert haben, und umgekehrt (Diamant, Gold). Die Unterscheidung sollte nach Smith den **paradoxen Gegensatz zwischen hoher Nutzbarkeit**

und geringer Tauschbarkeit überbrücken – für den erst 100 Jahre später **von den Vertretern der Grenznutzentheorie** (K.Menger, W.S.Jevons, J.B.Clark) **eine Erklärung gefunden wurde**. Zu erster These kommt als Nachsatz: „Je größer der Vorrat, desto geringer die Befriedigung, die einen Zuwachs erzielt, und desto geringer die Bereitschaft, zu zahlen“ für Diamanten. Umgekehrt für Wasser: „...dort, wo die Zufuhr einer Ware mit niedrigen Unkosten mühelos erhöht werden kann, spiegelt ihr Tauschwert die Leichtigkeit der Erzeugung wieder“. Damit **wird die geringe Dringlichkeit der Grenznachfrage befriedigt, nicht aber die Frage, wie schwierig es ist, auf das Gut zu verzichten**. In Zeiten langsam entstehenden Umweltbewusstseins kann diese Argumentation nur als abstrus wahrgenommen werden.

Die These vom sinkenden Grenznutzen legt die Auffassung nahe, dass **unter den Bedingungen wachsenden Überflusses die Produktion eine immer geringere Bedeutung hat**. Wenn aber das Realeinkommen pro Kopf wächst, können die Menschen Bedürfnisse mit geringerem Dringlichkeitsgrad haben – daraus folgt, dass diese Produkte gleichfalls von geringerer (und abnehmender) Bedeutung sind. **Unter Knappheit und Armut** (Welt Ricardos) **wirkt jede Angebotserhöhung von z.B. Lebensmitteln wie Brot befriedigend – bei Sättigung befriedigt ein Grenzzuwachs der Weizenzufuhr eine nur geringe Bedürfniszunahme**. Maßnahmen zur Angebotserhöhung werden von wirksamer Kontrolle des Anbaus abgelöst. In der Gesamtproduktion ist die Bedeutung des Grenzzuwachses immer weniger bedeutsam. „**Wachsender Wohlstand verringert die Bedeutung wirtschaftlicher Ziele: Der Produktionsprozess und die Produktivität werden immer unwichtiger**“.

Der unterentbehrliche **Idee des sinkenden Grenznutzens führt zum Kunstgriff der Negierung des Umstands, dass der Bedarf bei steigendem Wohlstand als weniger dringend empfunden wird**, erklärt durch verfeinerte wissenschaftliche Methoden. **Wenn man als Ausgangspunkt wertfrei zu Gütern steht** (Marshall), abgeschwächt wird wohl die Nachfrage nach Lebensmitteln als legitim, die nach Luxusgütern als nichtig bezeichnet, **aber am Ende doch akzeptiert, dass eine fast unendliche Vielzahl von Waren um das Interesse des Verbrauchers wirbt**, setzt man voraus dass zwar der Grenznutzen einer einzelnen Ware abnimmt, dass aber der **Nutzen neuer oder anderer Güter durchaus keinen merklichen Rückgang zeigt**. Die Zufriedenheit des Käufers richtet sich mehr oder weniger nach der Größe des Angebots – die Produktion behält ihre beherrschende Wirkung. **Dies lässt außer Acht, dass eine Präferenz für die wichtigeren Dinge beim Kauf besteht** und im weiteren der Dringlichkeitsgrad der Bedürfnisse abnimmt. Es gibt in der Lehrmeinung **keinen Ansatz, die psychische Haltung des Konsumenten sowie den Grad seiner Zufriedenheit zu verschiedenen Zeitpunkten miteinander zu vergleichen** – man könnte darauf kommen, dass damit kaum Unterschiede in der Befriedigung bestehen, obwohl sich die Person mit wachsendem Wohlstand ändert - ob anfangs die Wohltat zusätzlicher Kalorien und eines regendichten Daches oder später neue Schuhe und das Vergnügen beim Pferdewetten.

Die Reaktion der Gesellschaft stellt die Summe der Reaktionen ihrer Individuen dar. **Je größer das Angebot, desto geringer die Bereitschaft, für den Grenzzuwachs zu zahlen - so entsteht die Bedarfskurve**. Ein **Zuwachs der Warenmenge** kann aber vorwiegend **durch ein Steigen des Realeinkommens über längere Zeit erfolgen**. Es gibt daher keine klare Aussage über die Befriedigung, die damit erzielt wird.

Lediglich **Keynes** bemerkt 1931 in „Essays in Persuasion“ dass es **im wesentlichen 2 Kategorien des Verbrauchs gibt**, den **absolut notwendigen bis zur Sättigung und den relativen im Überfluss**. Dazu folgert er: „Unter der Voraussetzung, dass keine bedeutenden Kriege stattfinden und kein bedeutender Bevölkerungszuwachs eintritt, **könnte das Wirtschaftsproblem binnen 100 Jahre gelöst sein**“ – **es ist dann nicht mehr das permanente Problem der Menschheit**.

Kap. 11 Der Abhängigkeitseffekt

Die Vorstellung, dass **die Bedürfnisse des Menschen nicht weniger dringend werden, wenn er reichlicher versorgt ist, verstößt rundweg gegen den gesunden Menschenverstand**. Es ist zwar prekär, das Nachfrageverhalten einzelner Menschen zu verschiedenen Zeiten messen zu wollen und Vergleichsmaßstäbe zu finden. **Wenn die Bedürfnisse des einzelnen als dringend gelten sollten, müssen sie von ihm selbst ausgehen und nicht von einem Produktionsprozess zum Selbstzweck „erdacht“ werden** – eine derartige Produktion füllt nur eine Lücke aus, die sie selbst geschaffen hat.

Damit fallen alle Argumente für die Notwendigkeit einer Produktion für einen notwendigen Bedarf in sich zusammen. – ein Versagen, wenn Bedürfnisse neu erzeugt werden.

Die **Bedürfnisse der 2.Kategorie können unersättlich sein, je höher das allgemeine Niveau ist, desto höher greifen sie darüber hinaus**. Der **Verbrauch des einen wird zum Bedürfnis des anderen** – je mehr Bedürfnisse befriedigt werden, desto mehr neue entstehen. Weil wir in einer Gesellschaft leben, in der eines der sozialen Hauptziele der höhere Lebensstandard ist – nach der **Fähigkeit, einen hohen Lebensstandard zu schaffen, schätzt die Gesellschaft Leute nach den Gütern ein, die sie besitzen**. Der Begriff der unabhängigen (essentiellen) Nachfrage tritt in den Hintergrund.

Zwischen **Kosten der Verbrauchsgüterproduktion und den Bewerbungskosten besteht ein empirischer Zusammenhang**. In der Strategie des modernen Industrieunternehmens spielen die **Produktionskosten einer Ware keine größere Rolle mehr als die Ausgaben für die Weckung der Nachfrage an dem Produkt** – sie sind viel zu umfangreich als dass man sie vernachlässigen kann. Berücksichtigt man sie aber, dann heißt das doch, dass die **Bedürfnisse von der Produktion abhängig sind**. Eine Zunahme des Verbrauchs als Pendant einer Produktionssteigerung, kann durch die Beeinflussung oder durch das Anstacheln des Wettewiters um soziale Reputation neue Bedürfnisse schaffen. **Der Nutzen oder die Dringlichkeit dieser Waren ist gleich Null**. Betrachten wir diese Produktion als Grenzprodukt, so dürfen wir sagen dass der **Grenznutzen der gegenwärtigen Gesamtproduktionsleistung – von Werbung und Verkauf abgesehen – gleich Null ist**.

Man darf also **nicht annehmen, dass bei einem durchwegs größerem Produktionsniveau der Wohlstand größer sei als bei einem niedrigeren. Er mag gleich groß sein** – Abhängigkeitseffekt.

Dem Nationalökonom genügt dass ein Bedarf da ist.

Kap. 12 Die Illusion nationaler Sicherheit

Massive Kriegszerstörungen im 2.WK. zeigten nur kurzfristig Einbrüche der Produktion. Obwohl es **große Einschnitte im Lebensstandard** der Menschen bedeutete, war die **Leistungsfähigkeit der Arbeiter nicht beeinträchtigt** – und noch mehr – der **Arbeitermangel in der Kriegsindustrie** konnte durch viele Angestellte in vielen zerstörten Kleinbetrieben, welche den Arbeitsplatz verloren, **behoben werden**. Bis 1943 lag die Mobilisierung der Kriegsproduktion in Deutschland hinter den Briten. Noch 1943 war der deutsche Lebensstandard weit höher, als es für das Durchhalten und die Leistungsfähigkeit vonnöten gewesen wäre. **Durch die Bombardierungen der Städte wurde der Verbrauch unwichtiger Güter entscheidend vermindert** – damit wurde der Masseneinsatz der knappsten Quelle, der Arbeitskraft zugunsten der Kriegsproduktion mobilisiert und militärische Stärke gesteigert.

In wenigen Dingen genießt das **Herkömmliche Konzept eine so große Autorität wie auf den Gebieten der Militärpolitik und der internationalen Beziehungen**. Zu ersterem **enthebt es meist der Friede der peinlichen Notwendigkeit, sich an der Erfahrung beweisen zu müssen. Nichts ist bedeutender als die Wechselbeziehung zwischen der Macht eines Landes und der Kapazität seiner Wirtschaft**. Die Stärke einer Nation (Wehrbereitschaft und Sicherheit nach außen) **wachsen im gleichen Ausmaß wie das Wachstum des Brutto-Sozialprodukts**. „An dem Tag da die westliche Welt Mittel und Wege findet, ohne Anwendung totalitärer Methoden die ökonomische Wachstumsrate der UdSSR zu überflügeln, wird der Kommunismus besiegt sein – nicht einen Tag früher“ (stv. Außenminister der USA, Rutgers University Juli 1956)

Es kann sich hierbei nicht um das Brutto-Sozialprodukt handeln, sondern **nur um das für militärisch verwendete Zwecke verwendete Produkt handeln**. Der Vergleich hängt einerseits an den **verfügbaren ökonomischen Mitteln** und andererseits an den **Anforderungen, die an sie gestellt werden** – bzw. von Produktion zu reden, ohne den relevanten Verbrauch zu erwähnen ist wie das Schätzen einer Wassertonne nach ihrer Größe, ohne Berücksichtigung des derzeitigen Füllstandes.

Ein **Bezug zum Abhängigkeitseffekt: wir erweitern die Produktion und erweitern auf die eine oder andere Weise die Nachfrage** nach Produktion. Wächst diese Nachfrage so schnell wie die Wirtschaft, dann wird nie viel übrigbleiben.

Geht man von der Annahme aus, dass **in Notzeiten der zivile Bedarf beliebig eingespart** werden kann, steht **der Rest dem Staat zur Verfügung**. Auch **die Vorstellung, in Krisenzeiten könne die Produktion**, bei gegebenem Abhängigkeitseffekt – **ohne weiteres umgestellt werden** birgt erschreckende Widersprüche in sich. Eine Gesellschaft, die in Friedenszeiten das größte Gewicht auf die Befriedigung der Verbrauchernachfrage legt – das Ganze soll im Nu vergessen sein und man kann die ganze Produktionskapazität die den Güterausstoß ermöglicht hat, in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Nicht nur offener Unsinn, auch Hasard, den es läuft darauf hinaus, die schönen Illusionen würden so lange andauern, bis sie im Begriff sind, lebensgefährlich zu werden, worauf dann eine schlagartige Rückkehr zur Vernunft zu erwarten sei – z.B.: **eine Lebensform, die uns vom Auto abhängig macht, suggeriert dass wir Autos unbedingt brauchen** (von Benzin, Tankstellen, Mechanikern und Ersatzteilen ganz abgesehen) und immer wieder neue wegen Unfällen, Verschleiß und Überalterung. **Wenn wir uns in Friedenszeiten eine Ölheizung zugelegt haben, warum sollten wir in Notzeiten sofort darauf verzichten?**

Natürlich lassen sich gewisse Bedürfnisse unterdrücken und andere können eingeschränkt werden. Unter sonst gleichbleibenden Bedingungen können die **Einsparungen in einer ausgedehnten Wirtschaft größer sein als in einer beengten** – aber **der Gesamteffekt der Einsparungen darf nicht mit der Gesamtproduktion gleichgestellt werden**.

Gerettet wurden wir nicht durch das Volumen in unserer Volkswirtschaft, sondern durch die bis dahin nicht ausgenutzten Möglichkeiten, dieses Volumen auszudehnen.

In den USA stieß 1941 der Vorschlag, die Produktion von Verbrauchsgütern zu drosseln, nachdem der II.WK. immer offenkundiger wurde und der Verbrauch rasch anwuchs, **auf großen Widerstand, nicht zuletzt wegen der Angst den in Friedenszeiten beherrschten Markt zu verlieren**. Die Beharrung erreichte, dass zunächst keine Veränderung eintrat. Wäre der „New Deal“ auch noch ein dem Unternehmertum wohlgesinntes Regime gewesen, dann hätten man über diese Frage auch gar nicht diskutiert. Während des Kriegs **wurde zwar die Produktion metallverbrauchender Güter reduziert, der Gesamtverbrauch stieg jedoch noch** -> die Produktionskapazität wurde **keineswegs auf sinnvolle Weise für militärische Zwecke ausgenutzt**. Man verließ sich damals auf die Chance, die Produktion ausweiten zu können, wobei **zusätzliche Kapazitäten in nicht vorgenommenen Investitionen lagen** – all das sanktioniert von der Regierung.

Wäre das Ergebnis nicht ein Sieg sondern eine Niederlage gewesen, hätte man sehr schnell gesehen, welcher geringer Teil der wirtschaftlichen Kapazität tatsächlich für Kriegszwecke ausgenutzt wurde. Auch der **Ausbruch des Koreakriegs** (begrenzt nach Umfang, Zielen und Waffeneinsatz) **schaffte es nicht, die US-Wirtschaft auf die Probe zu stellen**. Die **Rüstungsausgaben wurden zwischen 1945-50 soweit herabgesetzt, dass sie den zivilen Verbrauch nicht merklich beeinträchtigten**. Im Verlauf des Krieges erwies sich die **Aufrechterhaltung des gewohnten Lebensstandards als deutliche Gefahr für die Weiterführung des Krieges** – die **Verbraucher reagierten mit Hamsterkäufen** von dauerhaften Gütern. Die **folgende massive Steigerung der Militärausgaben resultierte in großer Inflation** und der Notwendigkeit, Höchstpreise festzusetzen. Wilson und Humphrey behaupteten auch weiterhin, dass die Gelder, die die USA für Verteidigungszwecke ausgeben dürfen, streng begrenzt seien: „es wäre .. gefährlich, mehr auszugeben, als wir uns leisten könnten“. Begründet wird dies mit der **Notwendigkeit privater Produktion, da solange der Abhängigkeitseffekt wirkt, der Verbrauch mit der Ausweitung der Produktion wächst und ein Einsatz von Produktivkräften für militärische Zwecke nur auf Kosten des Verbrauchers erfolgen könne** (immerhin dauerhaft 4-5% des US Budget).

Deutlich extensiver war die Entwicklung im Verlauf des Vietnamkriegs (das Abkommen von Bretton Woods und damit die Weltleitwährung des Dollars wurde zum Zweck unbeschränkter Erhöhung der Geldmenge 1970 aufgekündigt) und weiterer größerer Auseinandersetzungen (Reagan-Bush Irak I, Irak II, Afghanistan), obwohl ein großer Teil der Last von den Verbündeten getragen wurde.

Die sich nach dem II. WK entwickelnde **Abschreckungsstrategie** legte das Hauptgewicht auf die Abwehrbereitschaft in Friedenszeiten wie Radarnetze, Abfangjäger, Luftschutzräume, einsatzbereite Vergeltungseinheiten und dynamische Forschungstätigkeit höchsten Ranges. **Auch hier wird in vorhergehenden Sinn die Wirtschaft erweitert.** Sogar die **Traditionalisten** des Herkömmlichen Konzepts, die immer wieder die allumfassende Bedeutung der Produktion betonen, **geben gelegentlich zu, wie schwierig es sei, die nötigen Mittel für militärische Zwecke herauszurechnen.** „Wenn man Frieden und Fortbestand der Menschheit sichern will, darf man sich bei der Suche nach geeigneten Methoden nicht auf den Versuch beschränken, in der **Bedrohung mit Kernwaffen gerade noch das Gleichgewicht zu wahren**“ – so der Mythos, der militärische Schlagkraft als eine Funktion der wirtschaftlichen Produktionsleistung betrachtet. Auch in der **Auslandshilfe** herrscht das Prinzip vergleichbar den Plutokraten, **den Armen erst Unterstützung zukommen zu lassen, nachdem festgestellt wurde ob sie es sich auch verdienen.**

Kap. 13 Privileg und Produktion

Ein **Privileg bedeutet**, sozial betrachtet, die **ungerechtfertigte Bevorzugung einer Minderheit** (ist es die Mehrheit, wird daraus ein Menschenrecht). Nicht unbedeutend in dieser Überlegung ist die **Rolle des Eigennutzes, welche vor allem von Unternehmern wahrgenommen wird**, besonders im Fall ein Einkommen zu beanspruchen, das seinem Prestige angemessen ist. **Begründet wird die zu hohe Bezahlung mit dem gefährlichen Leben unter Risiko**, dem Eintreten für eine Wertskala, die die Bedeutung der Produktion betont – **das Prestige des Produzenten ist nur das Prestige der Produktion.** Weiters weil der **Geschäftsmann so viel Steuern zahlt** und der **moderne Staat die vielleicht größte Gefahr für das Prestige der Unternehmer ist.** Nur der Produktive ist stark, nur der Starke kann frei sein – **der Staat produziert nichts**, er ist unfruchtbar. Der **Unterricht in öffentlichen Schulen ist unproduktiv**, der Fabrikant aber, der den Toilettensitz herstellt ist produktiv...

„Die Entstehung einer zahlenmäßig großen Schicht ... **nichtsnutziger Intellektuellen** ist eines der unerfreulichsten Phänomene im Zeitalter des modernen Kapitalismus. **Ihr aufdringliches Gebaren stößt kluge Menschen ab. Sie sind eine wahre Plage**“ (Ludwig von Mises, „The Anticapitalistic Mentality“, Princeton 1956). Wie das Verhältnis Wirtschaft zu Staat wird auch die **Spannung zwischen Geschäftswelt und Intelligenz meist ökonomisch begründet.** Wahr ist vielmehr: Wissenschaftler und Schriftsteller, Professoren und Künstler konkurrieren mit dem Unternehmer um die Gunst des Publikums!

Wenn es um die **überragende Bedeutung der Produktion** geht, wird der amerikanische Unternehmer von den berufsmäßigen **Liberalen unterstützt.** Es kam ihnen **nicht in den Sinn, das Produktionsergebnis** durch eine Erhöhung der Kapitalbildungsrate, durch eine Erhöhung des Arbeiterstamms oder durch ernsthafte Bemühungen das Tempo des technischen Fortschritts **steigern zu wollen** – daher bereiteten ihnen die Produktionsverluste in Krisenzeiten wenig Kopfzerbrechen. In den Jahren **1929-33 ging die Produktion um ein Drittel oder gar um die Hälfte zurück**, der Umfang der Verschiebung verursachte Schwankungen der volkswirtschaftlichen Gesamtproduktion wie nie zuvor. **In Konsequenz konzentrierte man sich eher auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als auf eine Produktionssteigerung.**

Im Mittelpunkt der **Keynesianischen Theorie 1936** stand der Begriff der **Gesamtnachfrage nach dem Produkt der Wirtschaft und damit die Gesamtproduktion als zentrales Ziel.** Deren Stabilisierung auf hohem oder niedrigem Niveau ist **unabhängig von der Beschäftigung aller Arbeitswilliger.** Der **Staat kann aber durch Regulierung des Niveaus der Gesamtnachfrage den Produktionsstand beeinflussen.** Die sichersten Methoden dazu sind, **mehr auszugeben, als die Steuern einbringen** oder die **Nachfrage zu drosseln, indem mehr Steuern erhoben werden, als die Ausgaben betragen.** Die **Produktionssteigerung minderte die Arbeitslosigkeit**, die prekäre Lage der Landwirtschaft, die Gefahr durch Bankrott, das Risiko der Geldgeber und die Finanzsorgen der Einzelstaaten und Stadtgemeinden – „hauptsächlich durch die Produktionssteigerung waren wir **auf den Krieg vorbereitet**“.

Zu diesem Zweck musste die **Rolle des Staates verstärkt werden** – **über dem Prestige** der Privatwirtschaft stand die Aussicht, damit **Wahlen zu gewinnen.** Mehr produzieren betrifft nur den **Gesamtausstoß** – die **Frage der Verteilung war sekundär.** Auch die Reaktion der Konservativen wurde dadurch getröstet, dass der **Ursprung der Idee in Vergessenheit gerät**, wenn es damit **gelingt, die Vollbeschäftigung über eine längere Zeit aufrecht zu erhalten.** Während der ersten Wahlerfolge gelang es, dass die Produktionssteigerung die Arbeitslosigkeit beseitigte, so wurde später in Zeiten, da es gar nicht mehr darum ging, nur mehr darauf gesetzt, dass die **Produktion einfach weiter gesteigert werden müsse.** Es besteht jedoch ein **qualitativer Unterschied zwischen dem Mittel, welches eine ausgedehnte Erwerbslosigkeit kuriert, und dem, welches den Überfluss vermehrt.** Indem **Keynes** das Augenmerk der Liberalen auf die Produktion gelegt hat, wurde es **zum neuen Herkömmlichen Konzept.** In der **Gleichgültigkeit zu den zu viel erzeugten Gütern schwand das (alleinige) Prestige der Produzenten**, deren Interessen sich nicht mehr von selbst verkauften, und die **Stellung der Intellektuellen wurde fester unterbaut.** Jedoch das **Prestige der Produktion blieb erhalten.**

Kap. 14 Bezahlt werden muss auf jeden Fall

Wenn eine Produktion um der erzeugten Güter willen nicht mehr so dringend nötig ist, wird die Bedeutung der marginalen Veränderungen gleichfalls gering. Das **Gefühl der Dringlichkeit stammt aus der Verknappung und Armut vergangener Zeit**, die ebenso **irrig und gefährliche Verknüpfung der Produktion mit militärischer Schlagkraft wird nur durch eine unhaltbare Theorie der Verbrauchernachfrage aufrechterhalten.**

Über den Umfang der notwendigen Produktion bestehende Arbeitslosigkeit, **entbehrt die Gesellschaft nicht die Güter, die ohne sie hergestellt würden** (der Verlust betrifft nur das Grenzprodukt), wohl aber **vermissen die die Arbeitslosen das Einkommen, das sie nicht mehr verdienen** (kein Grenzeffekt) und worum sie sich nichts mehr kaufen können.

Auch deswegen **garantiert ein hohes Produktionsniveau die breite Grundlage für die wirtschaftliche Sicherheit** so ziemlich aller Gesellschaftsschichten, obwohl die Behauptung, das **Produkt sei nur eine Begleiterscheinung, beunruhigend** wirkt. Dem **Selbstzweck der Wirtschaft** entgeht man durch die **Erklärung, alle Bedürfnisse seien gleich dringend**. Mit Rücksicht auf den sozialen Wohlstand müssen wir genügend viel produzieren, auch um den arbeitswilligen Werktätigen ein ausreichendes Einkommen zu ermöglichen.

Entsteht dann durch irgendeine Anregung ein **Druck die Arbeitsproduktivität zu erhöhen** (weniger leisten mehr), welcher mit einer Produktionssteigerung **auch ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit** bringt – wird man sich **eher für eine unveränderte Produktivität bei Vollbeschäftigung entscheiden**. Während wir uns um das Warenangebot nicht sonderlich kümmern brauchen, **verbleibt der Zweck der Produktion als Einkommensquelle**. Gefahren entstehen aus künstlichen Bedürfnissen, im damit verbundenen ungelösten Problem der Inflation (durch die Auslastung der Kapazität) und weiter gesteigert in der Einstellung, nur bestimmte Güter und Dienstleistungen herauszuheben, statt sämtlicher Waren und Dienste (soziale Gefahr). Die unmittelbare **Gefahr liegt im parallel laufenden Prozess der Kaufkraftschöpfung durch Verbraucherverschuldung**. Die Nachfrage hängt immer mehr von der **Fähigkeit und Bereitschaft des Konsumenten ab, Schulden zu machen** (das alte Puritanergesetz, erst zu sparen und dann zu genießen wird preisgegeben). **Der leichtgewährte Kredit ist die Stütze der ausufernden Produktion**. Schon von 1952-56 wuchs damit die Konsumentenverschuldung in den USA um über 50% (ohne Grundstückshypotheken, allein 100% beim Automarkt!!). Die Verschuldung stieg mit fallendem Einkommen bis zu 40%. Die **Keime der Selbstersetzung liegen zwar nicht in der Produktion, so doch in der Produktwerbung für taube Ohren**. Sinkende Einnahmen werden sich bis zum Punkt ausgewirkt haben, wo der Grenzeffekt der Ausgaben für kommerzielle Werbung jeglicher Art den Durchschnittseffekt solcher Werbung bis auf Null herabgedrückt hat: „Es wird sich für niemand lohnen, die Stimme zu erheben, denn wenn alle reden, wird keiner mehr gehört“.

Die **Konsequenzen einer solchen Entwicklung** wären, ein Verbleiben der **Konsumentengelder für Ersparnis und ein Begleichen der Schulden**. Werden diese Ersparnisse nicht schnell durch eine Steigerung der Ausgaben an anderen Stellen wettgemacht – **an dem Tag an dem die Werbung ihre Wirkung verloren hat**, sinkt das Vertrauen der Geschäftswelt in die Werbung und die Bereitschaft darin Mittel zu investieren – dann **sinkt der Umfang der Gesamtausgaben und damit auch die Gesamtproduktion**. Diese Schrumpfung zieht Erwerbslosigkeit mit allen Folgen nach sich.

Die **Gefahren des Kundenkredits sind nachhaltig** (da die Schwierigkeiten voraussehbar sind). Im Zuge der Bedarfsschöpfung werden sie mit einer **Erhöhung des Kreditplafonds durch weitere Abhängigkeit erweitert**. Jede **Unterbrechung der Kreditgewährung bedeutet einen Rückgang der Nachfrage nach Waren**. Andere vorgebliche **Abhilfen sind die Verlängerung der Abzahlungsfristen** (Gefahr des Übertreffens der Lebensdauer des Produkts) oder die **Kürzung der Anzahlung** (niedrige Einsätze führen eher zur Rückgabe der Ware als die Schuld zu bezahlen), **jede weitere Erleichterung der Kreditbedingungen führt letztendlich zur Liquidierung prinzipiell nicht zahlender Kunden**.

Solcherart verursachte **sinkende Zuwachsraten des Kreditvolumens führen zu merklichen Absatzstockungen**. Auch in Zeiten relativer Prosperität 1955-60 brach die Automobilindustrie nach einer Erhöhung der Abzahlungsfrist von 24,5 auf 28 Monate und gleichbleibender Anzahlung bei beträchtlich gestiegenen Einzelhandelspreisen der Pkw nicht zuletzt wegen der Volumenerhöhung schwebender Abzahlungskredite empfindlich ein.

Jede Art von Kreditschöpfung, durch Produzenten oder Konsumenten ist ein erheblicher Unsicherheitsfaktor – die Belastung der bislang stabilen Verbraucherausgaben durch Ausweitung der Konsumentenkredite, der Wettbewerbscharakter der Verkaufsmethoden die Bedingungen des Konsumentenkredits ständig erleichtert.

Die Käufe aus diesen Transaktionen **erweitern das Gesamtvolumen der Kaufkraft gerade zu einem Zeitpunkt, wo es nicht notwendig ist**. In **schlechteren Zeiten** werden neue Darlehen weniger leicht bewilligt. Statt dass neue Kredite die Nachfrage beleben, **werden alte zurückbezahlt**, auch das zum ungünstigsten Augenblick. **Daher gilt das Ausgabenbudget der Privatwirtschaft als das unberechenbarste**, die **Ausgaben** der Verbraucher (waren s. o.) und **des Staates sind dagegen verhältnismäßig verlässlich**. „Man ist sich allgemein darüber einig, dass [generelle Schwankungen des Beschäftigungsgrades] sich vorwiegend bei der Nachfrage nach Arbeitskraft für neue Investitionen bemerkbar machen – vorwiegend im Bauwesen“ (A. C. Pigou, „Income“, London 1946). „... Schwankungen des Einkommens, der Produktion und der Beschäftigung sind hauptsächlich durch Fluktuationen in der realen Investitionsrate bzw. des Verbrauchs je nach dem Umfang der Realinvestitionen gekennzeichnet, so etwa dauerhafte Gebrauchsgüter mit Teilzahlungsverschuldung wie etwa Autos (A. H. Hansen, „Business Cycles and National Income“, New York, 1951).

Die Verbraucher erweitern ihre Ausgaben zum ungünstigsten Augenblick (Boomphase) durch **Kreditkäufe – dies verstärkt den inflationären Druck und wird zum Fiasko, wenn Erwerbslosigkeit eintritt** und der damit schlagartigen Reduktion der Nachfrage mit dominoartigen Folgen. Ob unbegrenzter Wohlstand oder totale Katastrophe – es steht auf des Messers Schneide.

Eine **ernste Gefahrenquelle** ist die Art und Weise, wie die **die Verbrauchernachfrage durch eine rücksichtslose Ausweitung der Konsumentenverschuldung stimuliert wird**. Eine Tendenz zur **Liquidierung der Verbraucherverschuldung** mit entsprechender Schrumpfung der laufenden Ausgaben könnte durch schnelle **und energische Regierungsmaßnahmen – durch eine Steuersenkung bzw. durch Vermehrung der Staatsausgaben – gemildert werden**.

Doch ist nichts so verbreitet, wie abzuwarten, in der Hoffnung es löst sich von selbst. **Laissez faire setzt darauf, den Prozess der Kaufkraftschöpfung durch Verbraucherverschuldung für Güter mit der höchsten Instabilität der Privatwirtschaft nicht zu behindern** – vorige Maßnahmen ergeben sich unmittelbar im Einbruch der Einkommenssteuer und erhöhtem Aufwand für soziale Zwecke – nur, wirksamer ist eine vorbeugende Planung.

In der **Hinsicht auf eine größere Stabilität ist es sinnvoller, einen größeren Teil** des Arbeitspotentials und der Investitionen **jenen Bedürfnissen zufließen zu lassen, die im öffentlichen Sektor liegen** (Gesundheits- und Schulwesen).

Kap. 15 Die Inflation

..ist das **Gegenstück des Krieges und innerer Unruhen**, ein Gespenst das auch zu Friedenszeiten und **auch bei wachsenden Wohlstand nicht weichen will**. In den USA entstand nach dem II.WK. eine enormer Anstieg der Stahlpreise, welche sich über eine Vielzahl von Produkten auf die Lebenshaltungskosten auswirkte.

Nichts ist den Traditionalisten der freien Marktwirtschaft heiliger als die **Wichtigkeit stabiler Preise**, jedoch die im Widerspruch zum System stehenden **wirksamen Gegenmittel waren nicht erwünscht**.

Vielen Leuten nutzt die Inflation (obwohl sie sie vorgeblich ablehnen), im weiteren der Negativismus der **Taktik des Abwartens** (in der Expansion stiegen die Preise, in der Phase der Schrumpfung sanken sie). Nachdem sich herausstellte, dass sich in Krisen der Vergangenheit damit kein befriedigender Ausgleich einstellte, ist heute ein **staatliches Eingreifen notwendig und unvermeidlich**. Keynes attackierte den „**Selbsteilungsmechanismus**“ der Krise damit, es sei wohl möglich, dass die Wirtschaft bei einem nicht näher bestimmbar Ausmaß von Arbeitslosigkeit ihr Gleichgewicht fände (er ging nicht von steigenden Preisen in Friedenszeiten aus).

Die **schlimmste Gefahr** für die amerikanische Wirtschaft **ist die Krise – umso weniger Grund, gegen die Inflation einzuschreiten** – obwohl man die davon ausgehende Gefahr für schwerwiegender als das Ansteigen der Preise hält. **Es unterbleiben aber anti-inflationistische Maßnahmen** die das Ansteigen der Preise hemmen könnten. Der **Grund ist das instabile Produktionsniveau bedingt durch Überlegungen wirtschaftlicher Sicherheit**. Deswegen wird ersatzweise zum Mittel der Regelung des Geldangebotes gegriffen.

Inflation entsteht, wenn die Produktionskapazitäten voll ausgelastet sind (ihre Grenze erreicht haben) und sich **das Angebot mit gegebenen Ressourcen nicht ohne weiteres erhöhen lässt** – eine erhöhte Nachfrage führt dann zu Preissteigerungen. Bei **sehr vielen Anbietern beeinflusst** der einzelne Unternehmer wegen funktionierenden Wettbewerbs **den Preis nicht**, anders bestehen aber auf dem **Industriemarkt** für Stahl, Maschinen, Beton, Energie, Chemikalien nur **wenige Hersteller** welche **in unvollkommener Konkurrenz den Preis sehr wohl setzen können**. Besonders im Oligopol ist es im Grenzbereich der Kapazität möglich, den Preis und damit den Gewinn zu erhöhen. Der **Trugschluss** besteht in der **unwiderstehlichen Versuchung, in erhöhter Produktion ein Heilmittel gegen die Inflation zu sehen** – man muss die Kapazitäten ausweiten, dies liefert im weiteren in Form von **Löhnen und sonstigen Kosten das Einkommen, mit dem der Absatz finanziert wird**. Aber der Bedarf entsteht nicht unabhängig von der Produktion, es kommt noch schlimmer.

Die für die Kapazitätsausweitungen **notwendigen Investitionen erweitern über Löhne, Materialkosten, Kapitalzinsen und Gewinnen die Kaufkraft** und **somit die laufende Nachfrage** nach Waren und deren Befriedigung – noch bevor die geplante neue Kapazität in der Lage ist zu produzieren – über erhöhten Druck auf die vorhandene Kapazität und steigend Preisen (circulus vitiosus der Lohn-Preis Spirale)

Nicht alle Industrien reagieren bei Vollauslastung der Kapazität in gleicher Weise auf eine erhöhte Nachfrage. In der Regel führt am **wettbewerbsbetonten Markt (Markt ist preisbestimmend)** jede Erhöhung der Nachfrage zu einer Preissteigerung, wenn sich das Angebot nicht ohne weiteres erhöhen lässt – ebenso lässt eine Schrumpfung der Nachfrage den Preis sinken. Beim Oligopol muss die Erhöhung der Nachfrage durch einen Beschluss des Unternehmens ergänzt werden, seine Preise zu ändern. Das dauert, wegen Trägheit, Preisabsprachen (verboten), Angst vor feindseligen Reaktionen der Öffentlichkeit, Überlegungen zur Konkurrenzfähigkeit bis zur Möglichkeit, dass die Gewerkschaften Lohnerhöhungen verlangen.

Das moderne **Großunternehmen kalkuliert auf lange Sicht**, zu Grunde liegt dabei ein **Durchschnittsgewinn über längere Zeit**. Es wird seine laufenden Gewinne nicht auf die Spitze treiben, ohne seine langfristigen Interessen zu schaden. Bei starker und zunehmender Nachfrage werden die Preise möglichst sofort **über Niveau erhöht, in der Folge verfügen Firmen über eine Reserve nichtrealisierter Gewinne aus nicht vorgenommenen Preiserhöhungen**. Wenn die Umstände sich so verändern, lassen sich kurzfristige Höchstgewinne besser mit der Vorstellung, die sie sich von langfristigen Interessen machen, in Einklang bringen. Es gibt daher auch **keine strenge Bindung zwischen Kapazitätsfaktor und Preis**.

Sinkt die Nachfrage unter das Kapazitätsniveau, **steigen die Preise weiterhin, wenn unrealisierte Gewinne vorhanden sind** und der Betrieb auf kurzfristige Politik geht – genauso ist es **auch möglich die Preise bei steigender Nachfrage sinken zu lassen (steigende Skalenerträge)**. In den die Preise derart manipulierenden Industrien besteht **trotzdem nur ein beschränkter Spielraum**. Sie sind immer von den Handlungen ihrer Konkurrenten abhängig (auch von den Gewerkschaften) auch von langfristigen Konsequenzen. Wesentlich ist, dass in den Varianten des unvollkommenen Wettbewerbs, das **Verhältnis zwischen Nachfrage, Kapazität und Preis bis zu einem gewissen Grade gelenkt werden kann**. Dies betrifft vor allem **Regulierungen bei natürlichen Monopolen** (second best Lösungen entsprechen dem Minimum der Durchschnittskosten).

Laut den Unternehmern sind natürlich die Gewerkschaften an der Lohn-Preis Spirale schuld, da auf Preissteigerungen meist Lohnforderungen erhoben werden (begründet durch Produktivitätssteigerung und Inflation). **Auswirkungen** ergibt es **vorrangig in abhängigen Produktionsbereichen** (z.B. Landwirtschaft durch Treibstoffe, Düngemittel, Maschinen) **durch die Nachfrageelastizität der die Nachfrage bestimmenden Konsumenten** (Einfluss der Lohn- oder Gewinnerhöhungen auf das veränderte Preisniveau). Der Geringverdiener (die Mehrheit) wird für Nahrung nicht mehr ausgeben, die Elastizität ist eher gering, **zwischen Kartoffeln und Brot gibt es bestenfalls Substitutionseffekte**. Große **Lagerkapazitäten profitieren von der erhöhten Nachfrage** und der daraus resultierenden Preissteigerung. Weite Bevölkerungsgruppen, die nicht von der Produktionssteigerung profitieren (Beamte, Dienstleister, Rentner) leiden unter den Preissteigerungen, Angleichungen hinken hinterher.

Preissteigerungen mit allen Auswirkungen sind nur zu vermeiden, wenn die Konjunktur absinkt, bei nicht realisierten, versteckten Gewinne wirkt nur eine verstärkter Rückgang. Wäre es möglich, die Reaktionen der Preise auf die Löhne und umgekehrt zu beeinflussen, dann wäre es auch möglich die Preise zu stabilisieren und gleichzeitig die Kapazität besser

auszunutzen sowie die Vollbeschäftigung zu sichern. Man könnte damit **Produktion und Beschäftigungsgrad erhöhen ohne eine Inflation zu entfesseln – Anwendung von Kontroll- und Regulierungsmaßnahmen**. Eine Drosselung der Produktion wäre im Sinne wirtschaftlicher Sicherheit die falsche Antwort.

Kap. 16 Die monetäre Illusion

Die Bank von England konnte während des 19. Jh. durch eine **Veränderung des Diskontzinssatzes** (Zinsfuß zum Ausleihen von Geld an Private und Banken) **einen gewissen Einfluss auf das Bankwesen und Geschäftsleben ausüben**. In einer vorwiegend friedlichen Zeit mit umfangreichem Freihandel und wirtschaftlicher Konkurrenz mit der übrigen Welt war man sehr empfindlich auf Veränderung auf Zinsen am Geldmarkt. **Internationale Kapitalbewegungen waren nicht behindert**, Anlagekapital strömte zu höheren Ertragsmöglichkeiten in ein Land, niedrige Zinsen begünstigten kreditbasierte Investitionen im Inland. Durch die **zentrale Instanz (Nationalbank) ließ sich der Umfang der Bankreserven mit hinreichender Genauigkeit regulieren**. Inwieweit der Diskontsatz die Wirtschaft beeinflusste, ob Investitionen oder Preise, darüber lässt sich streiten – manches wäre ohnedies eingetreten. Nicht zu bezweifeln ist der Reiz dieser Möglichkeit auf die Bankwelt – mit deren Hilfe die Bankiers auf dem Gipfel wirtschaftlicher Macht standen. **Zum Schutz der Geldpolitik** als berufliches Privileg der Finanzwelt vor Einflüssen der Regierung wurde der **Anspruch auf „Unabhängigkeit“ erhoben**. Dass diese Eigenschaft in Krisenzeiten nicht haltbar ist, auch weil sie durch Kräfte gesteuert wurde, deren sie sich gar nicht recht bewusst waren, war vorhersehbar. Ein nicht unberechtigter Vorwand ist, dass nach wie vor den Menschen Geld und Kredit, sowie die Art wie diese geschaffen und vernichtet werden geradezu unergründliche Geheimnisse sind. In den späten **20-er Jahren hatten die hohen Diskontsätze versagt, als es galt die Spekulationswelle einzudämmen** und **niedrige Diskontsätze vermochten nichts gegen die Krise auszurichten**.

Nach dem II. WK. feierte die Geldpolitik aber Wiederauferstehung. Das wiedergewonnene Vertrauen war ein Zeichen gegen die Ketzereien Keynes. Wieder war es **die Inflation im Boom des Wiederaufbaus, die die Geldpolitik zu einer Form ökonomischer Wirklichkeitsflucht machte**. Dadurch, dass die Geldpolitik **keinen direkten Einfluss auf das Wechselspiel der Löhne und Preise hat**, kann sie **nur dadurch wirken, dass sie die Gesamtnachfrage nach Gütern drosselt** – mittels höherem Zinssatz und vermindertem Angebot an ausleihfähigem Kapital. Indem sie den Banken erschwert, Darlehen zu geben und den Konsumenten die Aufnahme von Darlehen beschränkt, will sie die Kaufkraft zügeln. Der **Rückgang dieser Ausgaben hat bei Wirksamkeit sekundäre bzw. multiplikatorische Einflüsse auf andere**. Damit wird die Nachfrage gedrosselt und somit die Zunahme der Zuwachsrates der Nachfrage vermindert – mit dem gewünschten Effekt, dass die Nachfrage nicht mehr auf die Kapazität drückt, hofft man, dass die Preise stabil bleiben.

Die höheren Zinssätze sollen ein Anreiz für das Sparverhalten der Verbraucher sein und deren Ausgaben beschränken. Die Zunahme des Geldangebots beeinflusst die Preise dadurch, dass Kreditnehmer das geliehene Geld ausgeben und die Kaufkraft derer stärken von denen sie kaufen. Der **Umfang der Kredite (geborgte Gelder) bestimmt das Gesamtvolumen der Ausgaben – einerseits für den Kauf von Gebrauchsgütern, auf der anderen für Investitionen**.

Durch Einschränkung der Konsumentenverschuldung mit Kreditzinserhöhung erfolgt ein **Konflikt mit dem Prozess der Bedarfsschöpfung** – wäre dieser selbständig, könnte es zu einer Einschränkung des Borgens und Ausgebens führen. Die Schrumpfung des Kreditvolumens ist für **Fabrikanten des künstlichen Bedarfs** ein Signal seine Anstrengungen zu vermehren. Die **Raten werden nur geringfügig erhöht** – die Zinserhöhung wird durch eine **Verlängerung der Abzahlungsfrist** ausgeglichen.

In der Periode aktiver Geldpolitik der 50-er Jahre **folgte auf eine Steigerung der Finanzierungskosten regelmäßig eine starke Ausweitung des Konsumentenkredits** – die **inflationistischen Folgen der Verbraucherausgaben wurden zu allen Zeiten eher verstärkt als eingedämmt**. Damit hat sich geklärt, dass die **Geldpolitik nicht einmal einen minimalen Einfluss** auf die Verbraucherausgaben haben kann, **solange der Widerspruch zwischen ihr und dem Apparat der Bedarfsschöpfung ungelöst** bzw. unberücksichtigt bleibt und auch die überragende Bedeutung der Bedarfsschöpfung gilt. Die Geldpolitik hat damit keinen wesentlichen Einfluss auf den Konsumentenkredit und damit auf die Verbraucherausgaben.

G.M. Humphrey forderte Mitte der 50-er Jahre **einerseits ein großes und sich erweiterndes Investitionsvolumen für die Wirtschaft**, als Stimulantien eine Steuerreform zur Ermunterung des Anlagenkapitals, **andererseits jedoch eine restriktive Geldpolitik, die einen Damm gegen inflationistische Tendenzen bilden sollte**. Wenn die Kapazität ausgelastet ist, wird eine Ausweitung durch Investitionen vorteilhaft und logisch erscheinen. Das Anlagekapital wird daher auf eine mäßige Erhöhung der Diskontzinsen kaum reagieren. Bei einer weiteren Erhöhung wird der Kredit in bestimmten Ausmaß rationiert und letztlich die Investitionstätigkeit eingedämmt werden. **Damit sollte ein Produktionsrückgang eintreten, ohne den die Preise nicht stabilisiert werden können** -> Konflikt mit Primat der Produktion und der wirtschaftlichen Sicherheit. Die **Wirkung derartiger Maßnahmen ist unterschiedlich für verschieden geartete und große Unternehmen**. Firmen im **oligopolistischen Sektor verfügen in der Regel über eine Reserve unrealisierter Gewinne als Puffer**, die Zinsbelastung auf die Verbraucher abzuwälzen (ähnlich wie bei der Umwälzung von Lohnerhöhungen). Bei steigenden Preisen und Einnahmen lassen sich diese unrealisierten Gewinne für Investitionszwecke verwenden. Somit **können sie sich den Auswirkungen der Geldpolitik entziehen** – außerdem sind sie meist bevorzugte Bankkunden. **Wettbewerbsbetonte Wirtschaftszweige, können den Zinsaufwand nicht auf die Verbraucher abwickeln**. Da sie den Markt nicht beherrschen, können sie die Preise nicht erhöhen. Die **Kreditrationierung kann nur durch Auflösung von Rücklagen umgangen werden** – die Geldpolitik ist hier voll wirksam, lange bevor sie marktbeherrschende Industrien trifft.

Wie vorhin schon angedeutet, ist die **Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft die unzuverlässigste Ausgabenquelle**. Die **Geldpolitik erstreckt sich also auf die am wenigsten berechenbare Dimension wirtschaftlicher Tätigkeit**.

Kap. 17 Produktion kontra stabile Preise

Monetäre Maßnahmen sind das Lieblingsinstrument der Konservativen, wobei die **fiskalische Finanzpolitik als die schwerste ökonomische Waffe der Volkswirtschaftler** gilt. Es wird stets betont, wie wirkungsvoll sie ist, deren Brauchbarkeit wird aber seltener erörtert. Obwohl sie Keynes Segen genießt ist sie das **Gegenstück zur Methode, die Arbeitslosigkeit durch erhöhte Staatsausgaben zu bekämpfen**.

Steuerpolitische Maßnahmen sind weit einfacher und wirken direkter als monetäre. Das Verfahren ist wie folgt: Der **Staat nimmt mehr Steuern ein, als er verbraucht, die Differenz wird nicht ausgegeben**. Bei wachsender Differenz drückt die Gesamtnachfrage nicht mehr auf die Kapazität des Landes. Es wird ein **Produktionsrückgang eintreten**, ist dieser **groß genug, zögern die Firmen mit Preiserhöhungen**, was heißt, dass kurzfristige Preiserhöhungen unvereinbar mit längerfristigen Gewinnüberlegungen sind und werden sich Lohnforderungen widersetzen. **Im wettbewerbsbetonten Sektor treibt die Nachfrage nicht mehr die Preise**. Eine derartige **Preisstabilisierung wirkt, solange die Preise nicht fallen**.

Vergleichsweise bewirkt der **Einfluss der Geldpolitik auf Firmen als Veränderung des Kosten- oder Liquiditätsfaktors** besonders für Kapital und **betrifft sie je nach Marktführerschaft unterschiedlich**. Die **Steuerpolitik wirkt als Drosselung der Nachfrage, diese betrifft alle Firmen gleich** – niemand kann sich den Bewegungen der Bedarfskurve entziehen.

Die Staatsausgaben dürfen sich **nur dem Minimum nähern, das die Gesellschaft als erträglich betrachtet** (Steuern zu deren Finanzierung sind bekanntlich wenig erwünscht). Im weiteren ist die **Erfüllung öffentlicher Aufgaben meist unrationell und ineffizient gelöst, wird aber im steigendem Maße nachgefragt** (Wagnersches Gesetz). In Zeiten der Inflation entsteht größerer Druck auf die öffentlichen Dienste, da die Beamtengehälter hinter der allgemeinen Preissteigerung zurückbleiben. Eine **positive Steuerpolitik, welche die Inflation eindämmen sollte, erfordert meist eine Steuerhöhung**. Gleichzeitig **fordert die private Wirtschaft die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben**. Es wurde aber noch nie eine ausreichende Kürzung erreicht, die geeignet gewesen wäre, die Gesamtkaufkraft der Wirtschaft merklich zu beeinflussen.

In Krisenzeiten, wenn die Nachfrage zurückgeht, ist eher zu raten, die Steuern zu senken um die Gesamtnachfrage und den Beschäftigungsgrad zu erhöhen. Eine Steuererhöhung als Mittel gegen die Krise scheint unlogisch, da sie die Lebenserhaltungskosten steigert oder das Einkommen verringert. Weitere Steuern treiben die Gestehungskosten der Unternehmer in die Höhe – das zu einem Zeitpunkt wo Produzenten und Konsumenten gleichfalls von den Wirkungen der Inflation betroffen sind – auf die kurze Sicht ein widersinniges Unterfangen.

Die **öffentliche Finanzpolitik befindet immer im Konflikt mit anderen wirtschaftlichen Zielen**. Die vorweggenommene **Ungleichheit der Einkommensverhältnisse provoziert die (progressive) Einkommenssteuer als Mittel der Einflussnahme** – von nicht nur praktischer sondern auch symbolischer Bedeutung. Der Vorschlag einer Steuererhöhung betrifft immer die Frage der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit. **In Kriegszeiten spricht man vom „gleichen Opfer“** – der Reiche bezahlt mit seinem Vermögen, der Arme mit dem Leben oder mit Leiden. In Friedenszeiten ist diese Abschöpfung überschüssiger Kaufkraft nicht so leicht möglich. Die **Wirksamkeit der Steuererhöhung ist nur dann gegeben**, wenn die **gedrosselte Nachfrage** die Produktion unter das gegebene Niveau der gegebenen **Kapazität der Produktivkräfte drückt** – mit der Folge von produktionsbedingter Arbeitslosigkeit.

Im Gegensatz zur Geldpolitik **beeinflusst die Steuerpolitik die Wirtschaft nicht durch eine Drosselung der Investitionen, sondern durch eine Begrenzung der Ausgaben für Gebrauchsgüter**. Firmen investieren, wenn die Produktion an die Grenze der Kapazität kommt – ist dies nicht der Fall, besteht keine Notwendigkeit dafür. Die Auswirkungen der Steuerpolitik werden dadurch verstärkt – als Hebel für eine weitere Begrenzung der Kaufkraft, da der sonstige Produktionszuwachs zu einem großen Teil geopfert wird – und damit auch die Effizienz der Produktion, die nur bei voll ausgelasteter Kapazität erreicht wird. Die **finanzpolitische Stabilisierung der Preise begrenzt nicht nur das Wachstum, es erzeugt auch Arbeitslosigkeit** – ein weitaus größeres Problem.

Da aber die Anwendung der Finanzpolitik **immer mit dem „Herkömmlichen Konzept“ kollidiert**, wird sie nicht mit genügender Energie angewandt, **auch das Gespenst der Kontrolle** weckt den uralten Abscheu vor Staatseingriffen. Eine weitere Möglichkeit wäre **steuerpolitische Maßnahmen für Lohn- und Preiskontrolle miteinander zu verbinden, damit beide nicht auf preissteigernde Effekte im Augenblick des Erreichens der Kapazitätsgrenze reagieren**. Nicht ein Produktionsrückgang, sondern die Überwachungsmaßnahmen sollen bei voller Ausnützung der Kapazität ein Anziehen der Preise verhindern – dies **ließe eine restlose Ausnutzung der Kapazität** (und das damit zusammenhängende Wachstum) **mit stabilen Preisen vereinen**. Ebenso ist es auch nicht nötig, mit nicht ausgenutzter Kapazität ein erhebliches Maß an Arbeitslosigkeit zu erzwingen.

Wenn durch fiskalische oder sonstige Mittel die **Gesamtnachfrage an die Kapazität angepasst werden kann wird das Angebot mit der Nachfrage ins Gleichgewicht gebracht** (kein Markt funktioniert ohne Regulierung). Die Schwere des Eingriffs kann nur durch die wirksame Verteilung der Produktivkräfte für einen maximalen Produktionsertrag gerechtfertigt werden – dies **kann nicht gleichzeitig mit den Bedingungen für einen freien Markt geschehen**. Die Kontrolle der Lohn-Preisspirale muss nicht mit brachialen Mitteln geschehen, sie kann das gewünschte Ziel auch mit begrenzten Einschränkungen erreichen.

Die **Einstellung, welche uns veranlasst die maximale Ausnutzung** von industrieller Kapazität und Produktionsfaktoren zu erreichen, **verbietet uns Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet wären, eine Inflation zu verhindern** – damit ist der **ständig widerkehrenden Inflation Tür und Tor geöffnet**, die wiederum die Wirtschaft an der verwundbarsten Stelle trifft.

Kap. 18 die Theorie des sozialen Gleichgewichts

Erst wenn man begreift, dass ein **hohes Einkommen einzelner der breiten Masse keine Immunität gegen Cholera, Typhus und Unwissenheit erkaufen kann** und noch weniger die Vorteile von Bildungsmöglichkeiten und wirtschaftlicher Sicherheit

bieten kann, erst dann besteht die Möglichkeit, des **Beginns der Gesellschaft kollektiv für jene Bedürfnisse zu sorgen**, die kein Mensch, auch mit beliebig vielen Überstunden, selbst zu befriedigen vermag (R.H. Tawney).

Das **Hauptproblem der industriellen Gesellschaft ist, was sie produziert**, manches wird in zu hohem, anderes in zu geringem Ausmaß erzeugt – die **Divergenz wird zur Quelle sozialen Missstands**. Die **Grenze, die die Domäne des Reichtums von der der Armut trennt entspricht in etwa jener der öffentlich produzierter und angebotener Güter** und Dienstleistungen und andererseits privater Produktion. Letzterer ist zu einem erheblichen Grad **schuld an Krisensymptomen in der Versorgung mit öffentlichen Gütern – Dringlichkeit des Gleichgewichts dieser Bereiche**. Der quantitative und qualitative Unterschied beider ist kein Gegenstand der Subjektivität. Die **im Öffentlichen Bereich kritisierten Dienste** betreffen meist alt eingeführte wie Bildung, Bereitstellung von Infrastruktur und Entsorgung. Diese **Armseligkeit konkurriert nicht immer ohne Erfolg mit Schilderungen des ständig wachsenden Überflusses an privat erzeugten Gütern**. Die **Sorge für Geist und Nahrung bleibt**, zum Unterschied von der ums leibliche Wohl, **dem Staat überlassen. Die Universitäten sind überfüllt und ungenügend ausgestattet – dasselbe gilt auch für Gefängnisse und Irrenanstalten**.

In der Privatwirtschaft ergab sich ein **relativ strenges Verhältnis verschiedener hergestellter Güter** – so sind z.B. die gelieferten **Warenmengen von der Transportkapazität beschränkt**. Diese Relationen werden in durch Koeffizienten einer **Input- Output Tabelle** abgebildet (W. Leontiew). **Dieser Matrix verdankt die Ökonomie die wichtigsten Einblicke in das Kraftfeld wirtschaftlicher Beziehungen**. Wird das **Gleichgewicht in der Entwicklung verschiedener Sektoren missachtet**, wird also die Veränderung eines Bereiches nicht durch die anderer kompensiert, **entstehen Engpässe**, welche sich Verknappungen bestimmter Güter und scharf ansteigenden Kosten äußern. Auch **zwischen Produktion und Konsum muss ein Gleichgewicht herrschen**. Mehr Autos benötigen mehr Treibstoff, Straßen, Parkplätze, Versicherung – über eine bestimmte Grenze hinaus bedeutet reichlichere und bessere Nahrung eine gesteigerte Nachfrage im Gesundheitssystem, mehr Eigentum erfordert erweiterte Sicherheit. **Mehr private Produktion benötigt also ein mehr an öffentlichen Diensten**. Ein **befriedigendes Verhältnis zwischen dem privaten und öffentlichem Angebot bezeichnet man als soziales Gleichgewicht**. Jegliche wirtschaftliche Wirkungsketten sind daraufhin zu untersuchen. Mehr private Produktion für eine vielfältige Art von Gütern beansprucht mehr öffentliche Güter (Land, Luft, Wasser) sowie Rohstoffressourcen – gegenseitige Ansprüche werden zum Problem. **Verschmutzung und Entsorgung (Problem und Behebung) wirken sich beide additiv auf das Brutto-Sozialprodukt aus, das Wachstum blüht – obwohl nichts besser wird**. Kommunen und Regionen in denen die öffentlichen Einrichtungen nicht Schritt halten können mit dem privaten Verbrauch stagnieren oder gehen unter (Landflucht, Natureinflüsse, Megacities). Betrachtet man die **Auswirkung wirklicher oder künstlicher Bedürfnisse, liegt es auf der Hand, dass es für eine Gesellschaft besser ist in Schulen und lebenswerte Umgebung zu investieren als in größere Autos**. Das „Herkömmliche Konzept“ behauptet, das Gemeinwesen selber, ob groß oder klein, zu bestimmen habe, **wie viel es seinen öffentlichen Einrichtungen zukommen lassen will. Beschlüsse dieser Art kämen – so sagt man – auf demokratischem Weg zustande**. So entstehe ein, wenn auch nur annäherndes Gleichgewicht zwischen den Annehmlichkeiten, die der private Sektor liefert, und denen, die von der öffentlichen Hand stammen – **vorausgesetzt die Unabhängigkeit des Verbraucherbedarfs. Bei dem existierenden Abhängigkeitseffekt – trifft aber der Verbraucher keine Wahl !!**

Es gibt zwar im öffentlichen Bereich auch Konkurrenz (z.B. Schulen, Universitäten, Theater, Oper) jedoch in keinem Vergleich zur privaten Wirtschaft mit ihren Möglichkeiten der Werbung. **Der private Sektor ist sehr einseitig bevorzugt – für die öffentlichen Dienstleistungen, die mal nun einmal nicht kaufen kann, existiert etwas ähnliches nicht**. Die öffentlichen Einrichtungen werden immer die Tendenz haben, hinter Privatproduktion zurückzustehen – **einer der Gründe der Störung des sozialen Gleichgewichts**. **Zwei weitere** sind der **Waffenstillstand in der Frage der Ungleichheit** und der **inflationistische Trend**. Ihrem Wesen nach müssen öffentliche Dienste allen zur Verfügung stehen – was bei deren Verbesserungen immer wieder die **lästige Frage der Zuständigkeit des Bezahlens** stellt.

Die **Liberalen fordern** um die Ungleichheit zu begrenzen eine **progressive Steuer**. Da sie sich aber der Vordringlichkeit der Güterproduktion verschrieben haben, müssen sie **gegen Verkaufs- oder Verbrauchssteuern** sein.

Die **Konservativen verteidigen die Ungleichheit** und **verwehren sich daher einer Einkommenssteuer**.

Bei beiden hat die **Frage des sozialen Gleichgewichts im Vergleich zur Produktion oder der Ungleichheit untergeordnete Bedeutung**.

Bei gegebenem Steuersystem **nehmen die Staatseinkünfte mit wachsender Privatwirtschaft mehr als proportional zu**, da sie sich auf die Einkommenssteuer stützen. Dazu kommt dass die **Bereitstellung von Bundesmitteln die Besteuerung nur indirekt berührt**. Die Verbesserung eines Dienstes wird selten von der Höhe der Steuern abhängig gemacht – die **Beurteilung erfolgt eher nach der Dringlichkeit** – daher könnten **Entscheidungen der Regierung zum sozialen Gleichgewicht unabhängig von der Frage der Ungleichheit** bestimmt werden. Ein **Problem stellt hingegen der Aufwand für Sicherheitsaufgaben** (Polizei, Militär) dar – in Friedenszeiten wird das Steuerniveau der Kriegszeiten aufrecht erhalten. **Weitere Störungen beinhalten zentrale und regionale Begebenheiten** (zentrale kommen leichter zu Mitteln, lokale wie Gesundheitsdienste bleiben zurück). Bei der Aufstellung von Haushaltsplänen verhält es sich ähnlich (engere Grenzen als beim Bund) – **nur die Finanzbehörden können sich selber Darlehen genehmigen**. Die Regierung ist bei der Ausweitung des Budgets ständigem Druck ausgesetzt, mit reichlicheren Einnahmen das Gleichgewicht auf niederen Ebenen wieder herzustellen, was wiederum das Problem des sozialen Gleichgewichts Diskussionen um Gleichheit und soziale Billigkeit unterordnet.

Dessen **Mangel ist auch eine Folge der permanenten Inflation**, abgesehen von Pensionen und Beamtengehältern, die nicht so einfach wie in der Privatwirtschaft angepasst werden können, **steigen die Steuereinnahmen nicht automatisch**. Man wartet hier mit der Erhöhung von Beamtengehältern und Pensionen zu, die Inflation könnte ja aufhören, und um der Privatwirtschaft und Gewerkschaften keinen Vorwand zu geben. Inflation bedeutet, dass die Beschäftigungslage auf die Arbeitsplätze drückt und dass das private Lohn- und Gehaltseinkommen steigt – die **Privatwirtschaft bietet mittelbar über Interessensverbände einen besseren Schutz gegen Inflation**, jedoch einen geringeren gegen andere Risiken. Beamte haben

zwar sichere Arbeitsplätze, aber flache Gehaltskurven – ein Wechsel bietet Vorteile in Zeiten der Vernachlässigung öffentlicher Bereiche. In Zeiten gedämpfter Inflation kann es sich umgekehrt verhalten (siehe die Zunahme der öffentlichen Gehälter in Österreich und in der BRD ab den 90-Jahren über die im privaten Bereich bezahlten).

Die **Benachteiligung öffentlicher Dienste gehört zu den Grundmerkmalen der Inflation**. Die **Zersetzung der Staatsverwaltung** in europäischen und südamerikanischen Staaten im Boom des Wiederaufbaus und der damit einhergehenden anhaltenden Inflation **führte dazu, dass Gesetze nicht mehr durchgeführt werden konnten**, bedeutsamerweise **auch jene nicht, die die sozialen Rechtsgrundlagen schützen** → die Störungen des sozialen Gleichgewichts in der Phase der Restauration des Kapitalismus führten zum Ansteigen linker Bewegungen und revolutionärer Unruhen. **Nach dem II. WK. wurde von der Privatwirtschaft massiv gegen den Ausbau und Verbesserung der öffentlichen Dienste mobilisiert**, nachdem in Krisenjahren unter anderem auch ein Ausbau zur Füllung eines kleinen Teils des Vakuums aus dem Rückgang der privaten Produktion erfolgte. **In den Kriegsjahren nahm die Rolle des Staates gewaltig zu**. Die Reaktion zur Wiederherstellung des Prestige der Unternehmer hoffte auch dem Waffenstillstand zwischen Besteuerung und Gleichheit dadurch auszuweichen, dass sämtliche Steuern gesenkt würden. Es geht auch um die Auswirkung der Wahlfreiheit des Konsumenten. Der **Bau einer neuen Schule fordert die Bereitstellung von Steuermitteln, welche bei einem Verzicht darauf für den privaten Konsum zur Verfügung stünden** → Steuern haben eine ungünstige Wirkung auf die Investitionen der Privatwirtschaft und noch weiter, die **Erweiterung des staatlichen Sektors gefährde ernstlich die Freiheiten des Individuums**. „Wenn Rang und Ansehen fast ausschließlich dadurch zu erwerben sind, dass man Staatsbeamter wird, Darf man wirklich nicht erwarten, dass viele Menschen auf die Dauer die Freiheit der Sicherheit vorziehen werden“ (F.A. Hayek, „The Road to Serfdom“, London 1944).

Kap. 19 Das Investitionsgleichgewicht

Das soziale Gleichgewicht bezieht sich auf die Güter und Dienste, die wir konsumieren. Ein ähnliches Problem liegt in der Art und Weise, wie wir das für Investitionen verfügbare Kapital verwenden – es ist das **Verhältnis zwischen dem materiellen Anlagekapital und dem personellen geistigem Kapital der Nation**.

Ökonomisches Wachstum – die Steigerung des Outputs – setzt **entweder ein Wachstum der Quantität oder der Qualität** oder beider in der industriellen Produktion voraus, der **quantitative Teil heißt Kapitalbildung**, der **qualitative technischer Fortschritt**. Ein Zuwachs in der frühen Phase konnte durch mehr sparen und daher mehr Kapital sammeln erzielt werden – Bildung und unternehmerische Fähigkeiten waren förderlich. Es bestand in diesen frühen Entwicklungsphasen kein berechenbarer Zusammenhang dem Reservoir gebildeter Menschen und dem Grad der Entwicklung technischer Neuerungen. Erfindungen waren eher das Produkt von Geistesblitzen denn naturwissenschaftlicher Forschung. Mit dem sich bildenden gewaltigen Schatz von Erkenntnissen hat sich das wesentlich geändert. Sorgfältige **qualifizierte Ausbildung und die Investitionen dafür sind gleichbedeutend mit dem Kapital für Anlagen und Maschinen**. Die qualitative Verbesserung des materiellen Kapitals ist nahezu ausschließlich auf das Humankapital zurückzuführen.

Das materielle Kapital wird durch den Markt auf die verschiedenen industriellen Interessenten unterschiedlich verteilt. Ist z.B. in der Erdölindustrie der Grenznutzen (Gewinne) groß und in der Textilindustrie niedrig, strömt das Kapital zum Erdölbereich.

Die **Verteilung von Investitionskapital funktioniert zwar leidlich jedoch das Verhältnis zwischen materiellem und geistigen Kapital ist unzuverlässig und ineffektiv**. Fast alle Mittel die in Bildung investiert werden, stammen aus dem öffentlichen Sektor und so gut wie keine kommen aus der Marktwirtschaft. Auch bei privaten Universitäten steht das Ausmaß der Investitionen in keinem unmittelbaren Verhältnis zum eventuellen Nutzen, den es in der Produktion haben könnte – die hohe Ausbeute, die durch Ausbildung erreichbar wäre, lockt kein Anlagekapital aus der Industrie ins Bildungswesen. Obwohl diese **vorwiegend vom Staat getätigten Investitionen immer wichtiger** werden, gibt es **keinen Apparat, der die vorhandenen Mittel automatisch auf den materiellen und menschlichen Bereich aufteilt**. Hingegen werden die Investitionen in Bildung von der Privatwirtschaft **geringgeschätzt**. **Erziehung und Ausbildung ist so etwas wie ein Verbrauchsgut** – im sozialistischen Teil der Welt sah man das ganz anders. Die Firmen begreifen teilweise erst heute, dass es nötig ist, Geld in das Heranziehen von Ingenieuren hineinzustecken. Unter idealen Verhältnissen käme dann jedes durchschnittliche Talent zum Zug. Doch leider ist die **Ausbildung des Menschen ein außerwirtschaftlicher Faktor, obwohl sie allen Firmen zugutekommt** – ist aber nicht spezifisch genug, dass eine bares Geld dafür hinlegen sollte. Ebenso verhält es sich mit der Forschung – nicht jedoch im militärischen Bereich – wovon aber vor allem die Luftfahrtindustrie und die zivile Anwendung der Kernenergie profitiert.

Die **Verteilung des Investitionskapitals erfolgt völlig widersinnig**, erträglich als Nebenprodukt militärischer Notwendigkeiten aber **unvernünftig, wenn es sich um Investitionen im persönlichen Bereich handelt**. Der **Kapitalaufwand für den Menschen bedarf keiner Rechtfertigung von Seiten der Produktion** – wie weit muss er erst von dem Ideal entfernt sein, das den Forderungen nach menschlicher Zufriedenheit und Vollkommenheit gerecht werden könnte. Die Produktion und damit der Beschäftigungsgrad sowie die soziale Sicherheit sind abhängig von dem seiner Natur nach **instabilen Prozess der Bedarfsweckung**. Die **Gefahren nehmen ab, wenn unser Verbrauch weit gestreut wird** – wenn die Produktivkräfte unterschiedslos den gesamten Bereich menschlicher Bedürfnisse versorgen ebenso mit öffentlichen Diensten, die nicht der Bedarfsweckung unterliegen. **Je besser das soziale Gleichgewicht, desto mehr ist die Wirtschaft immun gegen Schwankungen der privaten Nachfrage** – bessere Ausbildung ist ein Ergebnis davon.

Höhergestellte Bedürfnisse wie Kultur, Musik, Kunst, Literatur auch Reisen können bis zu einem bestimmten Grad nur dann geweckt werden wenn ein bestimmtes Bildungsniveau vorhanden ist – das soziale Gleichgewicht erweitert unsere Bedürfnisse und verringert die Abhängigkeit von jenem Bedarf der erst künstlich geweckt werden muss.

Kap. 20 Der Übergang

Das **zentrale Problem unseres Lebens ist der verheerende Einfluss des Mythos der Produktionskraft** mit ihrer überragenden Bedeutung und den unvermeidlichen Schwierigkeiten der künstlichen Bedarfsweckung, der ständig wiederkehrenden Inflation und der Störung des sozialen Gleichgewichts.

Der Mensch wird immer versuchen seinen Handlungen ein Ziel und einen Zweck zu geben. Jeder Schritt dazu wird sinnvoll gestaltet, **ohne jedoch innezuhalten und in den Etappen den Sinn zu hinterfragen** – bis zum Punkt der Erkenntnis wo der Mythos durch die Umstände endlich obsolet wird. Wichtig ist ständig zu hinterfragen was es zerstört. Die Vertreter des herkömmlichen Konzepts fordern konstruktive Kritik und bekämpfen Destruktion – jeder Angriff auf bewährte Ideen gilt als niveaulos – nur konstruktive Alternativen gefährden das System nicht. Seine **Irrelevanz ist die stärkste Bedrohung**, daher ist es notwendig, Antworten zu den eingangs beschriebenen Fehlkonstruktionen bereit zu haben. In einer verrückten Welt wirkt das Benehmen eines Gesunden genauso seltsam wie das eines Irren.

Um zu manifestieren, dass die Produktion nicht so vordringlich ist, wie behauptet, müssen die **Ziele des Einzelnen der Organisationen und des Staates durch andere ersetzt werden**. Ausgehend vom Problem der unzureichenden Nachfrage in Krisen ist die Vorstellung eines privatwirtschaftlichen Gleichgewichts mit hoher Arbeitslosigkeit logisch doch absurd. Die **staatliche Intervention zur Stützung der Nachfrage um den Preis der Verschuldung** waren Keynes Mittel für diese Diagnose. In den 30-er Jahren kam es **durch verminderte Wichtigkeit der Produktion zu Überschüssen im Agrarbereich** welche im weiteren der Verbrauchernachfrage vorausseilten, obwohl nach 10 Jahren wieder Vollbeschäftigung hergestellt werden konnte. Die **gestiegene Agrarproduktivität war stärker als die Fähigkeit der Landwirtschaft, sich umzustellen**. Die Produktion einzuschränken oder die Überschüsse an Hungernde zu verschenken wurde nicht verfolgt. **Kontrollmaßnahmen waren unbeliebt, subventionierte Exporte von Lebensmittelsendungen weltweit wurden zur gängigen Politik**. Die Abhängigkeit davon war, dass die Empfänger in Fremdwährung bezahlten, die sie nichts kostet. Es hätte kaum Armut gegeben, hätten die Armen ihre Einkäufe in ihrer eigenen Währung oder in eigenen Produkten bezahlt.

Wenn eine Steuer das Wachstum der Produktion behindert ist sie eine schlechte Steuer. Die älteste Form sind **Schutzzölle**, welche weniger leistungsfähigen Branchen zu Gute kamen. **Das aber wirklich entscheidende ist der Leistungsgrad** in der Beurteilung von Unternehmen ob der produktionstechnische Vorteile oder der optimalen Betriebsgröße - bislang war es **der Output**. Ähnlich ist es bei den Gewerkschaften, ihr Wert bemisst sich auf ihren Einfluss die Produktivität zu steigern – nicht wie man meint, die Arbeit erträglicher zu machen oder den Mitgliedern Rechte erkämpfen. **Die Produktionsstätten entstehen dort, wo die besten Bedingungen geboten werden** bzw. wechseln ihren Standort dahin – um der Produktion willen fordert Leistungsfähigkeit Beweglichkeit (ohne Rücksicht auf Verluste – weg von den Gebieten mit Unterproduktion). Viele Berufskrankheiten haben ihre Ursache in gesteigerter Leistung – die erkämpften Zugeständnisse an z.B. Grubenarbeiter wurden für den relativen Rückgang im Bergbau verantwortlich gemacht. Neue Kriterien zur Beurteilung der Produktionsleistung wurden auch auf die progressive Einkommenssteuer angewandt – steigert sie oder lähmt sie die Leistungsfähigkeit. Ist die Leistung nicht mehr das entscheidende Kriterium stellt sich die Frage: wer muss zahlen und wie viel? Unter diesem Aspekt ist auch zu überlegen, inwieweit die **Zollpolitik nur ein Handlanger der Außenpolitik** ist und wie weit die wohlthätige Einsicht uns veranlassen sollte, die Lage notleidender Industrien oder Gebiete zu erleichtern. Die Handelspolitik ist mittlerweile schon der internationalen Völkerverständigung und der nationalen Fürsorge untergeordnet. Seit die modernen Großunternehmen nicht nur Waren fabrizieren sondern auch die Nachfrage danach, hört das Produzieren auf, entscheidend zu sein – **dem Glück der Menschen ist durch eine weniger rege Bedarfsschöpfung ebenso gedient wie durch leistungsfähige Produktion**. Das Verhältnis des Unternehmens zu den Menschen, die ihm angehören – zu deren Möglichkeiten ihre Persönlichkeit zu entfalten – ebenso bedeutsam sein, wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit an sich. **Warum muss man sich ein unerträgliches Leben aufbürden, nur um belanglose Sachen zu erzeugen**. Auch die Einstellung gegenüber einem stagnierenden Gemeinwesen ist zu überprüfen. Die Zufriedenheit und das Wohlbefinden der Bewohner kleinere Siedlungen und Städte ist es wert, unter dem Gesichtspunkt der schwindenden Wichtigkeit der Güter, zu überlegen ob sie **unter der verlangten Mobilität ihr Heim aufgeben** um anderswo solche Güter mit einem Maximum an Wirtschaftlichkeit zu produzieren. **Für viele Güter, vor allem solcher mit geringem Grenznutzen, gibt es Substitute deren Herstellung sauberer und angenehmer ist**. Nach Bentham ist das **Kriterium einer guten Politik „das größtmögliche Glück einer größtmöglichen Zahl“** – wobei bislang das Glück mehr oder weniger mit Produktivität identifiziert wurde. Es gibt wie gesagt andere Maßstäbe als das BIP, das Glück des einzelnen, sein Wohlbefinden, die Milderung sozialer Spannungen und Gegensätze, Barmherzigkeit, welche immer wesentlicher werden. Es geht um mehr als um wirtschaftspolitische Entscheidungen, es geht um eine sittliche Ordnung – **das puritanische Erbe war fest verankert in den wirtschaftlichen Bedingungen eines Landes**. Keinem Menschen ist die Welt das tägliche Brot schuldig: **„Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“**. Müßiggang war in der viktorianischen Moral verabscheut. Sind die Güter nicht mehr so wichtig, wer sollte einem Bauern vorwerfen eine Menge Weizen zu erzeugen, den Ihn niemand abkauft. Der Faule mag nach wie vor sein eigener Feind sein, aber es wird immer schwerer zu behaupten, dass es einer Gesellschaft schade, wenn ihr seine Anstrengungen verloren gehen.

Dem sozialen Wohl einer Gesellschaft war in der Praxis am besten durch eine ordentliche Portion Gefühllosigkeit gedient. Menschen denen die Arbeit schwerfiel, hat es immer gegeben, aber schlimmer ist doch, wenn die Arbeitskraft am falschen Ort ungenügend ausgenutzt wird. **Der höhere Zweck eines „weltlichen Klerus“ war stets die leistungsfähigere Produktion**. Tragische Folgen der althergebrachten Ideen entstehen, wenn man den Mangel negiert und den Überfluss bejaht. In der armen Welt wurde das **Bedürfnis nach Gütern durch den Zwang zur Arbeit verstärkt**. Heute noch droht die **Strafe des Einkommensverlusts, obwohl mit ihr die Produktion relativ unwichtiger Güter erzwungen werden soll**. Die Notwendigkeit für

Beschäftigung zu sorgen, stellt uns vor **die leidige Wahl, entweder die Wirtschaft ständig einem inflationären Druck auszusetzen oder Arbeitslosigkeit zu erzeugen.**

Kap. 21 Der Trennungsstrich

Obwohl **Produktivkräfte auch zur Erzeugung relativ unwichtiger Produkte verwendet** werden, bleibt aber die **Bedeutung des Produktionsprozesses als Einkommensquelle nahezu unverändert** erhalten. Spiegelt die *Produktion den geringen Grenznutzen wieder, den die erzeugten Güter für die Gesellschaft haben*, so ist das **Einkommen das Maß für den hohen Grenznutzen des täglichen Brots für den einzelnen. Daher sind nicht so sehr die Waren sondern das Einkommen und der Beschäftigungsgrad unsere wirtschaftlichen Hauptsorgen geworden.** Krisen werden daher weniger an Produktionsverlusten als an der Arbeitslosigkeit gemessen, wobei *gute Zeiten eher mit Vollbeschäftigung als mit hohem Produktionsniveau gleichgesetzt* werden. Es wird auch immer wichtiger, allen Arbeitssuchenden Arbeit zu beschaffen, *da wenige vielverdienende nicht eine Majorität von minder bezahlten (bzw. ohne Einkommen) ersetzen können.* Es ist wie eine Fabrik, die alle Tage alle Schichten fährt, auch auf die Gefahr des Zusammenbruchs hin – nicht weil die Waren verlangt werden – sondern weil eine *Senkung des Tempos viele die Arbeit verlieren lässt. Ist dies die einzige Alternative, muss man den Betrieb weiterlaufen lassen. Neben der Gefahr des Zusammenbruchs steht immer noch die der Inflation.* Solange uns der kategorische Imperativ der Beschäftigung und des Einkommens uns zwingen, die Kapazität der Wirtschaft (Kapital und Arbeitskraft) voll auszunutzen, drohen auch noch Preissteigerungen.

Die Lösung besteht, zumindest teilweise einen Ersatz für die Produktion als Einkommensquelle und damit **die unselige Verkettung von Produktion und Einkommen zu lösen, ohne damit der Gesellschaft Entbehrungen zuzumuten.** Ein bereits existierendes **Instrument ist die Arbeitslosenversicherung**, welche ein **Einkommen gewährt, welches nicht aus der Produktion stammt.** Zur **erweiterten Zweckerfüllung** bedarf es zusätzlicher Rollen. Die bisherigen waren eine Überbrückungshilfe bei routinemäßigem Arbeitsplatzwechsel wegen Nachfrageveränderungen und die Sicherung gegen kurzfristige Veränderungen der Gesamtnachfrage mit Arbeitslosigkeit. Ein dauernder Rückgang der Beschäftigung ist wegen der Befristung der Leistung jedoch nicht abgedeckt. Diese **Lückenbüßerfunktion** besteht dadurch, dass **wenn die Produktion alles bedeutet, es keine Einkommensquelle geben darf, die sie nahezu ersetzen könnte.** Die schlimmste Gefahr der Arbeitnehmer im Kapitalismus sind daher nicht kurzfristigen Einbrüche, sondern langandauernde Krisen. **In der Welt des Überflusses, wo die Produktion nicht mehr von höchster Bedeutung ist könnten wir einer Zunahme des freiwilligen Müßiggangs gelassener entgegensehen.** Auch wenn eine längerfristige Unterstützung fast genauso hoch wäre wie der Lohn, ist es keineswegs sicher, dass sehr viele Leute faulenzten würden. Aus Erfahrungen der 30-Jahre weiß man dass dies auch bei nicht ausreichendem Lohnersatz nur unwesentlich ausgenützt wurde. **Wenn wir uns mit dem Zwangsgebot der Vollbeschäftigung frei machen wollen muss man sich mit der Abneigung gegen den Müßiggang auseinandersetzen.** Der Makel der Erwerbslosigkeit als eine Art Betrug an der Gesellschaft ist trotzdem merkwürdig stark, auch bei Arbeitnehmern. **Arbeitslos zu sein, gilt als suspekt.** Es gibt aber Mittel und Wege um wesentliche Auswirkungen auf den Anreiz der Arbeit zu vermeiden.

Nähert sich die Arbeitslosenunterstützung dem Arbeitslohn und die Wirtschaft der Grenze ihrer Kapazität werden die Löhne nach oben gedrückt. **Wenn die Arbeitslosigkeit eine Alternative zur Beschäftigung darstellt, besteht in Lohnverhandlungen für Arbeiter wie die Gewerkschaft ein taktisch günstigere Ausgangsstellung.** Die Arbeitgeber sind daher in manchen Fällen gezwungen, Löhne über dem Arbeitslosengeld anzubieten (Überzahlung zur Motivation von Arbeitskräften im Konkurrenzkampf am Arbeitsmarkt). Wenn die Kapazitätsgrenze erreicht wird, wirken die Preise auf die Löhne und umgekehrt. Die Arbeitslosenunterstützung in der Höhe der Löhne wird daher den inflationistischen Druck vergrößern – die Arbeitslosigkeit wäre erträglicher doch die Inflation ist stärker. **Bei Vollbeschäftigung braucht die Unterstützung nicht so hoch sein, da die Aussicht auf neue Arbeit besser ist** und der Arbeitslose nicht damit rechnen muss, längere Zeit davon zu leben – die **Alternative ist nach Arbeit zu suchen.**

Herrscht größere Arbeitslosigkeit, sind weniger Stellen verfügbar und es wird länger dauern wieder Arbeit zu bekommen, verhält es sich umgekehrt. Solange die Gesamtnachfrage gering ist, hängt die Arbeitssuche nicht vom eigenen Bemühen ab – hohe Unterstützungssätze stehen der Wiedereinstellung in den Arbeitsprozess nicht im Wege.

Durch die **Festigung der Nachfrage wäre auch die Gefahr einer Krise gemildert, da die Kapazitäten nicht ausgelastet sind besteht keine Gefahr der Inflation und auch die Suche nach Arbeit wird nicht behindert.** Daher sind solche Zahlungen auch besser als andere finanzpolitische Maßnahmen – z.B. die Finanzierung öffentlicher Arbeiten – geeignet, die Deflation zu bremsen und die makroökonomische Sicherheit zu verstärken. Wenn die Arbeitslosigkeit zunimmt steigen die Unterstützungssätze - wenn sie zurückgeht sind die Sätze zu kürzen. Dieser **Mechanismus könnte als Zyklisch gestufte Versicherungsleistung (Cyclically Graduated Compensation CGC) beschrieben** werden – wäre leicht einzurichten und hätte den heute üblichen statischen System sehr viel voraus.

Neben der teilweisen Aufhebung des Zusammenhangs von Produktionsleistung und wirtschaftlicher Sicherheit, wird bei Vollbeschäftigung der inflationäre Druck nicht verstärkt und die Gefahren einer Krise gemildert. Durch die sich **verkehrt proportional dem Beschäftigungsgrad (bzw. Arbeitsangebot) entwickelnden Unterstützungssätze besteht genügend Anreiz zur Arbeit**, wenn sie gebraucht wird.

(Anmerkung: Ähnliches, wenn nicht weiteres, außer der Dynamik, könnte eine unbedingte Grundsicherung gewährleisten). Die Arbeitslosigkeit nach der Krise 2008 umfasst in den USA im Jahre 2012 24 Mio. Personen (nach Joseph Stiglitz „Der Preis der Ungleichheit“, 2012).

Da die Arbeitslosenversicherung heute von den Bundesstaaten eher restriktiv verwaltet wird, ist sie zu unelastisch für diese Anforderungen. **Die CGC könnte nur Nationen (Bundesstaaten) übergreifend seine Funktion entfalten. Ein eigenstaatliches**

System sollte weiterhin die Grundzahlungen übernehmen, da Produktionsniveaus jetzt schon übergreifend administriert werden sollte auch die **CGC zentral budgetiert** (wegen der Beschränktheit der Versicherungsleistung) werden. **Für die Bemessung zählt die Differenz des Durchschnittslohns und der Unterstützung sowie die Anzahl der Arbeitslosen bei Vollbeschäftigung** (z.B. 2 Mio), damit die halbe Differenz zwischen Lohn und der üblichen Unterstützung ausbezahlt werden kann. Steigt die Arbeitslosigkeit steigt auch die Differenz (1/4 bei 0,5 Mio, 1/3 bei 1 Mio, 1/2 bei 2 Mio, 2/3 bei 3 Mio, 4/5 bei 4 Mio). **Die Befristung ist durch das Andauern des Niveaus gegeben – Kosten zu Lasten des Bundes**. Nachdem der Beschäftigungsgrad **nicht gleichmäßig auf das Land verteilt** ist, empfiehlt sich eine **lokale und regionale Anpassung des CGC-Systems** um eine bessere Wirksamkeit in den von Arbeitslosigkeit betroffenen Gebieten. Die Ausgewogenheit kann nur dadurch erhalten werden, dass die hohen Unterstützungen mit den geringen Zusätzen finanziert werden wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht.

Der ideale Zustand für die Wirtschaft wäre die Beschäftigung aller Arbeitskräfte (**Vollauslastung des Faktors Arbeit**). Gerade dies **schafft Spannungen, Instabilität und Preissteigerungen**. Das CGC-System erweitert den Bereich der **Funktionsfähigkeit der Wirtschaft im unkritischen Bereich da es für einen sicheren Produktionsumfang sorgt** (in der klassischen Ertragskurve besteht Sicherheit nicht im Maximum des Gewinns sondern im Tangentialpunkt mit einem Strahl aus dem Ursprung). Überdies **trägt das CGC-System dazu bei dass aus einer mäßigen Arbeitslosigkeit kein ernste wird**. Bei zunehmender Erwerbslosigkeit stärkt es die Kaufkraft und die Nachfrage, bei abnehmender Arbeitslosigkeit speist es die Arbeitskraftreserve. Es trägt mit dazu bei, dass **die durch stabile Preise bedingte Arbeitslosigkeit nicht zu einer durch die Krise bedingten ausartet**.

Eine **Erhöhung der Staatsausgaben** und eine **Senkung der Steuern** (Einkommen, Verbrauch) **stützen die Gesamtnachfrage und bekämpfen einen Konjunkturrückgang** – deren Anwendung **kollidiert nicht mit anderen sozialen Zielen**. Daher ist eine **Wirtschaftskrise zum Unterschied von der Inflation kein unlösbares Problem der reichen Gesellschaft**. Trotzdem besteht **hohe Gefahr nur durch ein zu rasches Einbrechen der Nachfrage und deren Folgen bevor Korrekturmaßnahmen wirksam werden**. Das CGC-System ist **kein Ersatz für andere steuerpolitische Maßnahmen**, es stabilisiert das Lohneinkommen, welches besonders von Konsumentenverschuldung betroffen ist – größte Gefahr bei Einsetzen der Deflation da die zahlungsfähige Nachfrage rapide durch Kreditrückzahlungen schrumpft. Alles in allem wird der **Druck auf das Arbeitskraftpotential reduziert und ein kleines Maß an Arbeitslosigkeit (Arbeitskraftreserve) im Bestand sichert**. Bei einer Politik der Vollbeschäftigung und Inflationsbekämpfung bleibt nur eine Kontrolle von Lohn- und Preisbewegungen, diese braucht sich aber nicht auf alle Bereiche erstrecken sondern soll partiell eine Dämpfung bringen. Nur in Bereichen, wo Preise und Löhne direkt aufeinander einwirken ist Regulierung notwendig (vgl. in Österreich bis 1975 Existenz einer staatliche paritätische Lohn- und Preiskommission).

Kap. 22 Die Wiederherstellung des Gleichgewichts

Der Strom von Gütern und Dienstleistungen des Überflusses ist ins Gleichgewicht zu bringen und dieses ist zu halten. Ein Zweck ist es **der Armut der öffentlichen Einrichtungen abzuhelpfen**, die im Kontrast zum Überfluss der privaten Güter steht, um die Ursache der sozialen Missstände als Gegenstück zur heutigen Gleichgewichtsstörung zu mildern oder zu beseitigen. Dies ist auf lange Sicht unerlässlich um ein Wachstum der privaten Güterproduktion zu fördern. **Abgesehen von begrenzten Dringlichkeit des Überflusses gibt es wirklichen lebensnotwendigen Bedarf im Bildungs-, Gesundheits- und Sicherheitsbereich**, der Infrastruktur im kommunalen und regionalen Raum, des Verkehrs, der Energieversorgung sowie der Erhaltung natürlicher Ressourcen und der Lebensqualität von Mensch und Biosphäre. Mit Ausgaben allein ist es nicht getan, die Wurzel der Gegensätze liegen tiefer, öffentliche Dienste sind nicht zu verkaufen, private Güter schon. Der Gewinn der privaten Produktion verbleibt den Unternehmern, die externen Kosten der Verschmutzung werden sozialisiert. **Die nicht verkäuflichen Dienste, die deshalb kaum weniger wichtig sind, überließ man dem Staat** (mit der Einführung der Schulpflicht konnte die Bildung kein Ware mehr sein, ähnliches gilt für die Landesverteidigung). **In noch höheren Grad, als man gemeinhin anzunehmen glaubt, wachsen dem Staat neue Funktionen zu** (es gibt technisch keine Alternative als die Übernahme durch die öffentliche Hand).

Die **marktgängigen Waren der kapitalistische Wirtschaft genießen strategische Vorteile, da ihr Preis das Einkommen liefert, welches die Produktivkräfte beherrscht**. Ohne Eingriff der Gesellschaft würde alles monopolisiert. Der Staat verfügte nur über geringe ständige Einnahmen, die noch dazu durch Zwangsabgaben erhoben werden – heute eine Selbstverständlichkeit. Das Geld bleibt aber ein Element der Machtverteilung zwischen Legislative und Exekutive. **In einem großen Teil des öffentlichen Sektors bestehen verhältnismäßig konstante Einnahmen**, oft auch bei wachsendem Volkseinkommen. Ein neuer **Bedarf erfordert daher private Mittel für öffentliche Zwecke freizumachen** – dafür **muss aber die Notwendigkeit nachgewiesen** werden. Jegliche Steuer wird als Eingriff in die persönliche Freiheit empfunden - würde man dies beim Kauf eines privaten Fahrzeugs einfordern !?. **Die Lösung ist ein Steuersystem, welches die Zunahme privaten Einkommens berücksichtigt**. Ein praktischere Lösung wäre es, wenn auch die Einkünfte des Bundes dem sozialen Gleichgewicht zu Gute kämen. Im Bundesbereich werden dies vorwiegend Einkommens- und Körperschaftssteuern sein. Bei Gleichgewichtsstörungen kann man Steuern und Ausgaben verändern.

Gestört wird dieses Vorgehen durch die Frage der Ungleichheit, wichtiger ist jedoch das soziale Gleichgewicht. **Gleichgewichtsstörungen treten besonders zwischen Diensten der Bundesstaaten und des Bundes auf**. Eine **Lösung dafür wäre eine Verbrauchssteuer mit großen Sätzen bei großen Störungen**. Diese sollten sich ohne Unterschied auf sämtliche Verbrauchsgüter und Dienstleistungen erstrecken. Es besteht ein **unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Verbrauchssteuer und dem Problem des sozialen Gleichgewichts** (die Ursache des Ungleichgewichts ist im Konsum, die Gerechtigkeit liegt dabei im Verursacherprinzip). **Das Gemeinwesen ist reich an privaten Gütern aber arm an öffentlichen**

Diensten (nur die Besteuerung erster ermöglicht die Lieferung der zweiten). Eine **Steigerung der privaten Produktion erhöht damit mittelbar (über die Verbrauchssteuer) das Volumen öffentlicher Dienste**. Im Vergleich dazu ist eine **allgemeine Vermögenssteuer eher zu starr und zu wenig beweglich** (die Sätze müssten laufend angepasst werden – umständlich auch wegen des Bedarfsnachweises). Die Verbrauchssteuer wirkt sich unterschiedlich in armen und reichen Ländern aus (vgl. Salzsteuer). **Das wenige, was sich arme Leute leisten können wird durch diese Steuer weiter begrenzt**. In Ermangelung von Alternativen verbleibt nur die Opferung des sozialen Gleichgewichts. **Eine arme Gesellschaft passt ihre Wirtschaftspolitik mit Recht den Armen an – eine reiche sollte sich fragen, ob es nicht gleich besser wäre, die Armut abzuschaffen**.

Ein weiterer **Einwand gegen die Verbrauchssteuer** ist dass sie im Gegensatz zu Einkommens- und Körperschaftssteuer **keinen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität leistet**. Sie belastet die für Investitionen verfügbaren Einkommen stärker als das Einkommen, das dazu bestimmt ist, Verbrauchsgüter zu erwerben. Investitionen aus Ersparnissen galten schon immer als besonders unberechenbar und folglich als die unsicherste Brücke zwischen Einkommen und Ausgaben. Bei der **Einkommenssteuer ist der Mechanismus der Progression stabilisierend – daher ist sie der Kernpunkt der Wirtschaftsstrategie**.

Da jedoch das soziale Gleichgewicht mindestens genauso wichtig ist wie die wirtschaftliche Sicherheit, hat die **Verbrauchssteuer Sinn**, denn sie **trägt damit zur Befriedigung echter Bedürfnisse im öffentlichen Sektor wie zu Investitionen im personellen geistigen Bereich bei, die genutzt als technischer Fortschritt der wichtigste Faktor des wirtschaftlichen Wachstums ist**. Die intensivere Anwendung der Verbrauchssteuer ist nicht als Ersatz der Einkommenssteuer gedacht (das war wohl die Idee der Konservativen). Keynes bevorzugte die Einkommenssteuer, er hatte aber nicht vorgesehen, dass die erwartete rasche Produktionssteigerung uns an den Punkt führen würde, wo nicht die Gesamtproduktion sondern deren Zusammensetzung das kritische Problem darstellt.

Wenn die Nachfrage ausreicht, ist in der modernen Wirtschaft eine entsprechende Gütererzeugung nahezu gesichert. Das Risiko dabei ist weniger die gemutmaßte Gefahr, dass jede Zuwendung von Mitteln an den öffentlichen Sektor den privaten Sektor gefährdet, sondern dass gerade die Methoden, mit denen wir unserem Vertrauen zur privaten Produktion Ausdruck verleihen, die Stabilität der Nachfrage bedrohen. Die **Störung des sozialen Gleichgewichts gefährdet wirtschaftliches Wachstum auf lange Zeit**. Ein Formel für das soziale Gleichgewicht ist in etwa: **Die Befriedigung die dem Gemeinwesen durch einen Grenzzuwachs der für öffentliche Zwecke aufgewendeten Mittel zu Teil wird, soll ebenso groß sein wie die Befriedigung, die der gleiche Zuwachs im privaten Sektor gewähren würde**. Die beiden Größen lassen sich z.g.T. nicht vergleichen, allein wegen der Unmöglichkeit, künstlich erzeugten Bedarf mit wirklichen auf eine Stufe zu stellen.

Kap. 23 Die neue Stellung der Armut

Nach Alfred Marshal entsprechen zu Ende des vorletzten, also des 19. Jh. **die Ursachen der Armut den Erniedrigungen eines großen Teils der Menschheit**. Die Armut damals war überwiegend und essentiell. Die Möglichkeit zu helfen ist ein Hauptinteresse der Nationalökonomie. **Armut gibt es auch heute wieder zunehmend in der Krise in den entwickelten Staaten**. Daher der Rückblick zur **Verbrauchssteuer – sie mag den Reichen zumutbar sein, sie hat aber den Nachteil die Armen zu belasten** (aktuelles Beispiel sind die Mehrwertsteuererhöhungen in den von der Eurokrise am meisten betroffenen Ländern wie Irland 21-23%, Griechenland 18-23%, Portugal 17-23% , Spanien 16-18%, Italien 20-21%, Ungarn 27% und sogar in der BRD von 16-19% - dies bekräftigt dass die Armut auch in Zentraleuropa steigt). Das Problem der Armut hat daher die Rolle des Schutzwalls für das herkömmliche Konzept. Entwickelte es sich im Ausgang der industriellen Revolution durch die Steigerung des Produktionsausstoßes zu einem Problem einer Minderheit, ergibt sich nun aber wieder eine **Ausbreitung der Armut - unter den Mindeststandards, ihr Einkommen reicht nur noch um das Leben zu fristen**. Im Wesentlichen liegt es weniger daran, Hunger und Kälte zu leiden, es ist **eher eine Art des sozialen Zurückbleibens, der kulturellen Isolation, des Ausschlusses von den Segnungen der zivilisierten Welt**. Dies tritt auch im kostenpflichtigen öffentlichen Bereich auf und besteht in Form von Beschränkungen im Zugang zu Bildungseinrichtungen, der Mobilität, der Kommunikation und Gesundheitsversorgung, sowie in Energiearmut. Während Armut früher ländlich war, ist sie nun vermehrt in Ballungsgebieten vertreten. Man unterscheidet **Einzelfälle**, oft bedingt durch Eigenheiten der betroffenen Personen (soziales abnormes Verhalten, Krankheit) und **Armutsinseln als Notstandsgebiete** wo die Bevölkerung an ihrer Umgebung gescheitert ist (Heimatinstinkt, zu feste Bindung an Heimat und Scholle, beschränkte Entwicklungsmöglichkeiten, soziale Gettos). Die **heutige Armut ist mit einer allgemeinen und leidlich gut verteilten Erhöhung des Einkommens allein nicht wirksam zu bekämpfen** (spricht gegen ein unbedingtes Grundeinkommen), weil besondere Unzulänglichkeiten eine Eingliederung in den Produktionsprozess und eine Beteiligung am allgemeinen Fortschritt verhindert sowie die Milieuschäden der insularen Armut nicht beseitigt. Eine Sozialisierung könnte eher durch die Errichtung industrieller Betriebe oder Dienstleistungsunternehmen vor Ort geschehen.

Die politische Ökonomie der Armut beginnt damit, dass die Majorität der Armen zu einer Minderheit wird und damit aufhört, die Politiker zu interessieren (weil sie kein Stimmengewicht hat). Auch fällt ein Schatten auf den Benefit der Produktionssteigerung, welcher eigentlich die Armut beseitigen sollte (was nicht sein kann auch nicht sein darf). Die Armut existiert nach wie vor – in bestimmten Gegenden und in einer zum großen Teil noch trostloseren Form als früher.

Eine reiche Gesellschaft, die zugleich auch mitfühlend und vernünftig ist, würde allen , die es nötig haben, das für ein anständiges und einigermaßen behagliches Leben notwendige Mindesteinkommen sichern. Weder wirken kleine, nicht selbst verdiente Einnahmen auf den menschlichen Charakter korrumpierend, noch sind Hunger und Not ertüchtigend. Die normale Funktion einer Gesellschaft sollte es sein, wenn jeder Familie ein Mindeststandard gewährleistet wäre. Eine reiche Gesellschaft hat kein Entschuldigungsgründe, dies zu unterlassen. Diese Maßnahmen hätte man sich jedoch, als die Armut noch ein Phänomen der Majorität war, nicht leisten können. Ein strategisch **wichtiger Schritt ist zu verhindern, dass die**

Armut „fortzeugend sich selbst gebäre“. Die Kinder der Allerärmsten können ohne ernstliche Schädigung wachsen, wenn sie **gute Schulen besuchen** und der **Schulzwang mit geeigneten Mitteln auch durchgesetzt** wird, wenn ein kommunaler **Gesundheitsdienst den körperlichen Zustand laufend überwacht** und ausreichende Möglichkeiten für Spiel, Sport und Erholung zur Verfügung stehen. Die insulare Armut kann nur durch Hilfe von außen behoben werden, mit über dem Durchschnitt liegendem Aufwand, wie nachfolgend beschrieben (Entwicklungsgebiete).

Bessere Bildung wird auch jenen primitiven Instinkt beeinflussen, der die Menschen an der ererbten Scholle lässt, auch wenn die Existenzbedingungen dort miserabel sind (zum Vergleich die Situation in Nordostrumänien, wo nach der Restitution von Kolchosengrund die neuen Besitzer durch Unselbständigkeit nicht einmal mehr in der Lage sind, das Land zu Subsistenzzwecken zu bewirtschaften, es daher an Spekulanten verkaufen und der Verarmung der Städte verfallen). In den ländlichen Elendsgebieten sind daher durch die Behörden neue Arbeitsmethoden und Zuschüsse zu fördern, wie sie ein besserer Lebensstandard voraussetzt. In den städtischen Slums ist es notwendig, nach der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, die Elendsquartiere zu räumen. Diese Verfahren sind kostspielig und zeitraubend.

Für die Beseitigung der Armut gelten offensichtlich die gleichen Voraussetzungen wie für die Herstellung des sozialen Gleichgewichts (es bedingt sich auch gegenseitig). Für die Bedürfnisse derjenigen, welche aus Gründen wie auch immer von den Segnungen des Wirtschaftslebens Ausgeschlossenen ist das Gegenmittel, sie und ihre Kinder in den Produktionsprozess einzugliedern – ihr Beitrag zur Gesamtproduktion der Wirtschaft. Das höhere Produktionsergebnis fällt ganz von selbst an – als Nebenprodukt des Kampfes gegen die Armut.

Kap. 24 Arbeit, Freizeit und die neue Klasse

Das Verhältnis des wachsenden Überflusses zur dafür aufgewendeten Arbeit legt den Schluss nahe, dass der einzelne nicht dringend so viel Einkommen benötigt, um mehr kaufen zu können, wenn die Gütererzeugung nicht mehr so wichtig ist. Er wird entweder weniger Zeit dafür aufwenden oder er wird weniger schwer arbeiten oder es werden weniger Menschen arbeiten. Die wöchentliche Arbeitszeit erfuhr in einem Jahrhundert eine Verkürzung von 7*10 h auf 5*8 h oder noch weniger, die Urlaubszeiten stiegen von den elementaren Feiertagen auf mehrere Wochen im Jahr. Diese Kürzungen spiegeln die stillschweigende aber **unverkennbare Bereitschaft wider, sich mit dem sinkenden Grenznutzen der Güter abzufinden,** über den Unnutz vieler Güter beschwert sich aber niemand. Man lobt den Feierabend und die Muße und begründet die Verkürzung der Arbeitszeit mit der Zunahme der Stundenleistung. Die **Produktivität je Arbeitskraft nimmt zu, es müssen daher Schritte unternommen werden, die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten gleichmäßig zu verteilen. Es muss einerseits die Freiheit geben den gesteigerten Wohlstand teils in Form einer größeren Warenmenge, teils in Form reichlicherer Freizeit entgegenzunehmen.** Dazu kommt, dass das Überstundensystem dem Arbeiter erlaubt, seine Arbeitszeit und seinen Lohn nach eigenem Belieben und Bedarf einzurichten.

1. Die **Arbeit kann leichter und angenehmer gestaltet werden** durch allgemeine Fortschritte, behördliche Vorschriften und Betriebsüberwachungen, Mechanisierung und Automatisierung entlastet von manueller Schwerarbeit. Die Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen muss jedoch immer nachgewiesen werden. Gegen überdurchschnittliches Arbeitstempo kann man sich wehren, entscheidend dabei ist Ermüdung und Gesundheitsschädlichkeit. Förderlich für alle Änderungen ist ein gutes Kommunikations- und Betriebsklima.
2. Die **Verkürzung der Arbeitszeit** zur Erholung, zur Stärkung des Familienzusammenhalts ist an und für sich nicht berechtigter als der Wunsch, die Arbeitszeit angenehmer zu gestalten – dabei sind nicht die Auswirkungen auf die Produktion entscheidend. Meist geht es um die Frage ob eine geringere Stundenzahl in jedem Fall einer längeren, aber angenehmeren Arbeitszeit vorzuziehen sei.
3. **Es arbeiten weniger Menschen.** Seit der Industrialisierung nimmt die Kinder und Sklavenarbeit ab, jedoch mit der Auflösung größerer Familienverbände und Stärkung der Emanzipation drängen mehr Frauen in die Arbeitswelt. Die Abnahme der arbeitenden Bevölkerung wird in der entwickelten Welt durch die Entwicklung der Bevölkerungspyramide in Urnenform gestützt und die Senkung des durchschnittlichen Rentenalters tut einiges dazu. 75 Jahre lang hat der Prozentsatz der im Arbeitsprozess stehenden männlichen Bevölkerung etwa 75 betragen, der Prozentsatz der jungen und der über 65 jährigen hat nach dem II.WK. abgenommen wurde jedoch durch die geburtenstarken Jahrgänge kompensiert. Da der Grenznutzen der Güter und der der überflüssigen Güter immer unwichtiger wird, scheint es logisch dass man **konsequent auf die Leistung jüngerer und älterer verzichtet.** Dazu tragen **verlängerte Ausbildungszeiten für bessere Qualifizierung** und **frühere Pensionsantritte** bei. Die Freisetzung älterer wird dabei mit Methode verfolgt, nicht dass man auf die von ihnen erzeugten Produkte verzichtet, überlässt man sie den drastisch gesenkten Einkommen. **Wenn wir reich genug sind, um ohne das Produktionsergebnis der Jungendarbeit auszukommen** folgt daraus zwingend, dass wir **auch reich genug sind, die Schulen zu bauen und die Lehrkräfte zu beschäftigen,** die dieses Produktionsergebnis ersetzen sollen.

Darüber hinaus wird vielleicht einmal die Zeit kommen, in der wir **nicht das gesamte Arbeitspotential in Anspruch nehmen** müssen (siehe Keynes-Zitat in Produktion kontra stabile Preise). **Wenn wir uns diese Lockerung gestatten, senken wir damit die Maßstäbe wirtschaftlicher Standardleistung auf ein Niveau, das mit den zu ihrer Lenkung verfügbaren Kontrollmaßnahmen übereinstimmt.** Durch eine solche Verbreiterung der Leistungstoleranz können wir am ehesten hoffen die Gefahr der Inflation zu beschränken und damit eine Bedrohung des sozialen Gleichgewichts.

Diese Schritte verpflichten uns, die vorübergehend Arbeitslosen besser zu versorgen, als die heute geschieht. Mit der weniger dringenden Notwendigkeit der Produktion (vor allem des Überflusses) können wir uns CCG auch leisten. Diese Phänomene förderten auch das **Entstehen einer neuen Klasse** (der Begriff mag an Milovan Djilas's Kritik des kommunistischen Systems angelehnt sein, welche 1957 in den USA publiziert wurde), die an die Stelle der Nichtstuer, für die

die manuelle Arbeit nicht mehr die alten Kennzeichen der Quälerei, der Erschöpfung oder sonstigen seelischen und physischen Unbehagens trägt, tritt. Dass diese noch nicht bemerkt wurde, liegt an der Begriffsverwirrung der Sozialwissenschaften, dass alle Art von Arbeit im Grunde gleich ist – gestützt durch die ökonomische Vereinfachung der allgemeinen Lohntheorie welche verschiedene Arten produktiver Tätigkeit unter einen Hut bringt, indem sie alle Menschen erfasst, die für ihre Dienstleistungen ein Einkommen beziehen. Die Definition von **Marshall** (Principles of Economics) lautet in etwa: **„Arbeit ist jede geistige oder körperliche Anstrengung, die teilweise oder ganz auf andere Werte ausgerichtet ist als auf das Vergnügen, das die Tätigkeit unmittelbar bereitet“**. Es beinhaltet zweifellos eine Kategorie von Personen, die für ihre Tätigkeit den Lohn schon in sich trägt (vgl. Präsident einer Aktiengesellschaft, Manager, kommunistischer Funktionär, Bürokrat, ... , Neureiche, neuer gehobener Mittelstand). Tatsächlich aber könnte die Unterschiede in der Beurteilung, was Arbeit für verschiedene Menschen bedeutet, gar nicht größer sein. Für **die Mehrheit ist es sicher eine Last, die man eben auf sich zu nehmen hat – trotzdem, lohnend ist nicht die Arbeit, sondern die Bezahlung**. Für andere ist „Arbeit“ etwas grundlegend anderes. Es sind die höheren Sphären, wo die Bezahlung zwar nicht unwichtig ist, aber an sich nicht wesentlich, da sie sich in Höhen jenseits von gut oder böse befinden. **Die Befriedigung dieser „business men“ ist ihre Arbeit**, das Prestige, das andere einem zu teil werden lassen, ist eine der wesentlichsten Quellen. So wie die Aristokratie versucht die neue Klasse energisch ihren Bestand zu sichern. Selten nur wird der Sohn eines Chirurgen Garagenwärter. **Die neue Klasse ist nicht exklusiv. Während so gut wie keiner aus ihr ausscheidet, schließen sich ihr jedes Jahr tausende an.** Es ist eine Kaste der besser Gebildeten, wobei besonders Aufsteiger misstrauisch betrachtet werden. **Ihr Klassenbewusstsein verachtet manuelle Arbeit, der qualitativ und quantitativ messbare Aufwand der in die Ausbildung investierten Gelder ist der beste Maßstab sozialen Fortschritts**. Mit dem Schwinden der manuellen Tätigkeiten in der Ära der Automatisierung begann die Inflation dieser neuen Klasse, heute in der Subprime Krise besteht zählen sie zu den großen Verlierern (die Illusion des Mittelstandes). Vorher dienten die Zeiten des Aufstiegs dieser Klasse vorwiegend dem Staat in höchsten Steuerleistungen. In seinem Privatleben ist der Vertreter des herkömmlichen Konzepts ebenfalls ein Exponent der neuen Klasse. Er erzieht und belehrt seine Kinder mit einem einzigen Ziel vor den Augen: **Nicht dass sie ein möglichst hohes Einkommen anstreben sollten – das wäre abscheulich; er wünscht ihnen vielmehr eine Beschäftigung, die interessant und lohnend zugleich ist.**

Kap. 25 Sicherheit und Fortbestand

Das Streben nach Glück als soziales Ziel ist ausgezeichnet, aber jener Begriff lässt sich nicht genau fassen, es besteht Uneinigkeit. Ist es wie Bertrand Russell in „Conquest of Happiness“ es ausdrückt, ein tiefgehendes instinktives Eins-sein mit dem Strom des Lebens - wir wissen es nicht. Nur das heutige Interesse für die Güterproduktion das Streben nach Glück nicht begünstigt, allein ist zu wenig. Ein Frontalangriff auf die Gleichsetzung von Gütern und Glück hat noch andere Nachteile. Alles hat seine bestimmten Regeln und es kann nichts Schlimmeres passieren, als dabei ertappt zu werden, wie man die Wertmaßstäbe des großen Publikums verwirft und seine eigenen an ihre Stelle setzt. Man wird der Arroganz beschuldigt – dieser Vorwurf ist tödlich für jemanden der die Absicht hat zu überzeugen. Statt dessen muss man zeigen, wie sehr die Gedanken, wenn es sich um die Produktion handelt, durch Tradition und Mythos bedingt sind - und sich von diesen Zwangsvorstellungen befreien, sowie die Aufmerksamkeit auf andere Möglichkeiten richten, die zumindest in einem plausiblen Zusammenhang mit dem Glück der Menschen stehen. Jede Gesellschaft hat eine noch höhere Aufgabe als nur die, ihre Ziele zu erwägen, ihr Streben nach Glück und Harmonie zu überdenken, und zu prüfen, wie weit es ihr gelungen ist, Leid, Spannung, Sorge und den allgemeinen Fluch der Unwissenheit zu beseitigen – darüber hinaus muss sie, soweit es möglich ist, ihren eigenen Fortbestand sichern.